Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 83. Halle a. S., Mittwoch, den 19. Februar 1908.

Der Lärm im Osten.

Ein welch heillos verwickeltes Bündel divergierender Interessen und Bestrebungen die sogenannte Balkanfrage ist, konnte in der letzten Zeit wieder so recht klar werden, als bekannt wurde, daß Oesterreich-Ungarn einen seit 1878 vertraglich festgelegten und beinahe selbstverständlichen Schritt tat und mit der Türkei den Bau einer Bahn von Sarajevo in Bosnien durch das sogenannte Sandschack nach Mitrovicza verabredete. Seit 29 Jahren steht Oesterreich das von allen Mächten anerkannte Recht auf diesen Bahnbau zu; wenn es bisher keinen Gebrauch davon gemacht hat, so lag das vielmehr in dem Charakter seiner leitenden Männer, in erster Linie des sehr zurückhaltenden Grafen Goluchowski, als in der rechtlichen Situation. Trotzdem also der Schritt nach vorwärts, den Oesterreich-Ungarn getan hat, keinerlei Neues bedeutet, ist doch im Osten und Westen ein Riesenlärm ausgebrochen, als hätte die Aehrenthalsche Expansionslust die türkische Frage aufgerollt, den Frieden der Welt bedroht und die vielgepriesene Mürzsteger Verabredung vernichtet. Daß die panslavistische Gruppe Rußlands Lärm machen würde, konnte vorausgesehen werden — nicht aber, daß auch die ruhigeren Organe des russischen Reiches in die gleiche Flamme blasen und der Widerhall in Frankreich, England und auch in Italien so stark sein würde. Die internationale Diplomatie mag daraus die Lehre ziehen, daß das sogenannte Gleichgewicht im Orient mehr als empfindlich ist, daß bei der kleinsten Aenderung immer gleich das Ganze und mit dem Ganzen auch Europa in Fluß kommt. Auf dem Bewußtsein dieser Empfindlichkeit ruht der Friede Europas.

Im Gefolge des Aehrenthalschen Bahnprojektes sind nun von russischer Seite andere Bahnprojekte in die Diskussion geworfen worden, in erster Linie das Projekt einer Verbindung Südserbiens mit der Adria; ein Projekt, das wohl nicht ernst zu nehmen ist, weil es wirtschaftlich keineswegs rentabel sein dürfte; es wird auch nicht leicht sein, von dem Sultan die Zustimmung zu einer Bahn zu erhalten, die den Einfluß Serbiens und Bulgariens in dem westlichen Mazedonien durch Herstellung einer direkten Verbindung stärken würde. Diese Bahn ist wohl mehr dazu bestimmt, die öffentliche Meinung zu beschäftigen, als wirklich gebaut zu werden.

Seltsamerweise haben aber außerdem die Panslavisten jetzt die Zeit für gekommen erachtet, einen großen Kriegslärm zu erregen und die Welt mit Nachrichten über Ansammlung türkischer Truppen an der kaukasischen Grenze, über sonstige Truppenbewegungen auch in Mazedonien zu beschäftigen. Man weiß nicht recht, inwieweit dieser von den Panslavisten erhobene Kriegslärm im Sinne der russischen Regierung ist; es ist immerhin möglich, daß nur eine kleine Gruppe von Politikern vielleicht aus innerpolitischen oder persönlichen Gründen es für angemessen hält, mit dem Gedanken eines russisch-türkischen Krieges zu spielen. Daß irgend jemand an verantwortlicher Stelle wirklich an den Krieg denkt, ist nach Lage der Dinge so gut wie ausgeschlossen. Indessen kann wohl sein, daß das Alarmgeschrei eine Kulisse für irgend welche anderen Bestrebungen darstellen soll, vielleicht auch bloß dazu erhoben wird, die gänzlich unmögliche Situation zu verdecken, in welcher sich die internationale Diplomatie in der Reformfrage gegenüber der Türkei befindet. Wie dem auch sei, auch dieser Krieg, von dem jetzt geredet wird, ist weniger dazu da, geführt zu werden, als die öffentliche Meinung zu beschäftigen. In wessen Interesse, ist freilich noch nicht klar zu ersehen. Es kann alles mögliche aus diesem Wetterwinkel des nahen Orients kommen, es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sich neue Gruppierungen der Mächte bilden könnten; man kann argumentieren, daß durch den Gegensatz Rußlands zu Oesterreich die Kluft, welche die russische Politik bisher in den Fragen des nahen Orients von England trennte, verengt würde. Diese Möglichkeit liegt gewiß vor, indessen wird ein Einvernehmen zwischen England und Rußland in der türkischen Frage niemals so eng werden können, daß daraus sich die Möglichkeit einer weitgehenden russisch-englischen, gegen die anderen Mächte gerichteten Balkanaktion ergeben könnte. A. C.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Reichskanzler Fürst v. Bülow hat an den früheren Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Exzellenz v. Köller, zu dessen 85. Geburtstage nachfolgendes Telegramm gerichtet: „Eurer Exzellenz spreche ich meinen aufrichtigsten Glückwunsch zu der Vollendung Ihres 85. Lebensjahres aus. Möge das Bewußtsein der Verdienste, die Eure Exzellenz sich in langen Jahren erfolgreichen Wirkens um das Vaterland erworben haben, Ihnen den heutigen Tag und noch viele Jahre eines gesegneten Lebensabendes verklären."

Etat des Reichskolonialamts.

In der Budgetkommission des Reichstages gab gestern Staatssekretär Dernburg einen Ueberblick über den Etat der Schutzgebiete mit Ausnahme von Südwestafrika. Togo balanciere in Einnahme und Ausgabe ohne Reichszuschuß. Kamerun weist eine außerordentlich günstige Handelsziffer auf, über 34 Millionen, das bedeute eine Steigerung von 40 Proz. gegen 1906. Auch die Zolleinnahmen würden den Voranschlag wohl um mehr als eine Million übersteigen. Die Entwicklung des Handels in Ostafrika sei erfreulich. Der Reichszuschuß habe sich um 33 Proz. verringert und werde dies voraussichtlich noch mehr tun. Die Hüttensteuer, auf das ganze Schutzgebiet ausgedehnt, könne bei 10 Millionen Eingeborenen viel mehr einbringen. Die Plantagenwirtschaft erstrecke sich bisher auf einen verhältnismäßig kleinen Teil des Schutzgebietes. Bei der günstigen Entwickelung der Südsee-Gebiete lasse sich mit Sicherheit sagen, daß die seinerzeit für die Karolinen ausgegebenen Beträge aus dem Gebiet wieder gewonnen werden würden. Auf der Insel Nauru befänden sich 40 Mill. Tonnen Phosphate, von welchen das Deutsche Reich pro Tonne 50 Pfg. erhebe. Auch für die Ausbeutung der beträchtlichen Phosphatlager auf der Insel Angaur würden Abgaben erhoben. — So bietet die Entwickelung der Schutzgebiete ein günstiges Bild. Die Kehrseite sei jedoch, daß mit dem Vordringen immer größere Reibungsflächen mit den Eingeborenen entständen. Die Reichsverwaltung müsse aber sowohl die Hü[illegible] der deutschen Rechtsgrundsätze sein, wie auch für die finanzielle Gestaltung Sorge tragen und endlich auch die Rechte der Eingeborenen berücksichtigen. Der Staatssekretär gab dann eine ausführliche Darstellung seiner Reiseerfahrungen in Ostafrika. Ostafrika lasse sich nur durch eine kräftige, gerechte und bei den Eingeborenen Vertrauen genießende Verwaltung halten. Die Neger erhaltende Politik folge also schon aus den tatsächlichen Verhältnissen. Mit dem Mutterlande zusammen bringe der Neger die Hälfte der Einnahmen des Schutzgebietes auf, der weiße Pflanzer dagegen nur 2½ Proz. Was die Eingeborenen leisten können, zeige die Entwickelung des Handels von 8 Millionen in drei Jahren im Seengebiet nach Schaffung eines Absatzweges. Die Verwaltung selbst sei reformbedürftig. An der Küste seien zu viele, im Innern zu wenig Beamte. Das Rechnungswesen soll vereinfacht werden; die Abrechnung müsse statt in Potsdam im Schutzgebiete erfolgen. Die Inder seien wegen ihrer Bedürfnislosigkeit notwendig, um den Handel weit in das Land hineinzubringen. Für eine große Entwickelung deutscher Ansiedelungen sei aber der Zeitpunkt noch nicht gegeben. Der Vorsitzende der Kommission, Frhr. v. Gamp, dankte dem Staatssekretär für sein Referat, das den Abgeordneten gedruckt zugehen soll. Nächste Sitzung heute.

Die Differenzen im Bergbau.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Unter dem 18. Februar dieses Jahres haben der Gewerkschaftssekretär Efferts zu Essen und die Reichstagsabgeordneten Behrens und Sachse zu Berlin im Auftrage der Siebenerkommission eine Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe gerichtet, in der sie den Minister um Uebernahme des Vermittleramtes in der schwebenden Frage der Satzungen des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum eventuell um Gewährung einer Audienz ersuchen. Der Minister für Handel und Gewerbe hat darauf folgende Antwort erteilt: An Herrn Gewerkschaftssekretär Johann Efferts, Essen an der Ruhr. Ich habe in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Febr. dieses Jahres erklärt, daß ich, wenn ich von den Beteiligten angegangen würde, selbstverständlich bereit sei, in der Bochumer Knappschaftsangelegenheit auch weiterhin meine vermittelnde Tätigkeit eintreten zu lassen. Ich werde deshalb, wenn die Vertreter des Werkes oder die Knappschaftsältesten des Allgemeinen Knappschaftsvereins meine Vermittlung nachsuchen, dazu bereit sein. Ich bin auch bereit, eine Deputation der Knappschaftsältesten oder Gewerkschaftsvertreter zu diesem Zwecke zu empfangen. Zurzeit dürfte indessen eine Notwendigkeit hierzu nicht vorliegen, weil die Frage der in Ihrem Artikel zur friedlichen Lösung der Knappschaftsfrage („Soziale Praxis" 18) gemachten Vorschläge, die die Grundlage für eine Einigung bilden können, schon jetzt im Schoße des Allgemeinen Knappschaftsvereins einer versicherungstechnischen Prüfung unterliegt. Ich stelle anheim, den Herren Mitunterzeichnern der Eingabe von Vorstehendem Mitteilung zu machen. gez.: Delbrück.

Terminhandel in Getreide.

Die Kommission des Reichstages für die Börsengesetznovelle hat gestern weiter über den Paragraphen 50 (Verbot des Terminhandels in Getreide) verhandelt. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Stengels Nachfolger.

Wie dem „Tag" aus München gemeldet wird, kommt, der „Allgemeinen Zeitung" zufolge, neuerdings als Nachfolger des Freiherrn v. Stengel im Reichsschatzamt der frühere Unterstaatssekretär Dr. Georg von Mayr, gegenwärtig ordentlicher Professor der Statistik, Finanzwissenschaft und Nationalökonomie an der Universität München, in Frage. Unterstaatssekretär v. Mayr, dessen hohe finanzpolitische und finanztechnische Befähigung in wissenschaftlichen Kreisen berechtigtes Ansehen genießt, wurde schon seinerzeit vom Fürsten Bismarck sehr geschätzt, der ihn in die Regierung der Reichslande berief. Der bekannte Vorkämpfer für das Tabaksmonopol gilt als ein mit Taktraft begabter Mann von Ideen, der auch im Parlament seinen Mann zu stehen weiß. Bismarck rühmte ihm jenen „Courage civile" nach, an dem es heute leider so vielfach fehlt.

In Berliner parlamentarischen Kreisen wird auch der württembergische Ministerpräsident v. Weizsäcker als Nachfolger des Freiherrn v. Stengel genannt.

Die Beratungen über das Vereinsgesetz.

Die Kommission des Reichstags für das Vereinsgesetz setzte ihre Beratungen heute beim § 8 fort, der in folgender Fassung angenommen wurde:

„Beauftragte, welche die Polizeibehörde in eine öffentliche Versammlung (§§ 3 und 4) entsendet, haben sich unter Kundgebu[illegible] r Eigenschaft dem Leiter oder, so lange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben. Den Beauftragten muß ein angemessener Platz eingeräumt werden. Die Polizeibehörde darf nicht mehr als zwei Beauftragte entsenden."

Es entsteht sodann eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob man den § 7 (Sprachenparagraphen) jetzt gleich erledigen oder aus Ende zurückstellen solle. Der Vorsitzende betont, daß letzteres im Interesse einer zweckmäßigen und sachlichen Förderung der Vorlage liege. Die Mehrheit beschloß hierauf die Zurückstellung. Es wird mit der Beratung des § 9 fortgefahren (Bestimmungen über die Befugnis der Beauftragten der Polizeibehörden zur Auflösung einer Versammlung).

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.) begründet einen Antrag, wonach es dem Beauftragten der Polizeibehörde direkt zustehen soll, die Versammlung selbst aufzulösen, ohne sich an den Leiter wenden zu müssen; es sei dies mit Rücksicht darauf notwendig, daß der Leiter der Versammlung gleichzeitig Redner sein könne. — In der Diskussion äußert sich Staatssekretär v. Beithmann-Hollweg dahin, wenn der § 9 in der Regierungsfassung keine Zustimmung in der Kommission finde, so werde die Regierung damit einverstanden sein, wenn die Auflösungsbefugnis direkt den Beauftragten die Polizei übertragen werden solle. Wenn man die Wahl des Platzes der Polizeibeauftragten durch diese selbst beseitigen wolle und hieraus ein Auflösungsgrund nicht hergeleitet werden solle, dann müsse man entschieden eine Strafbestimmung wegen Nichtanweisung eines angemessenen Platzes einführen. Nach dem Regierungsentwurf und den Abänderungsanträgen sei vorgesehen, daß die Beauftragten der Polizei für die Auflösung einer Versammlung den Grund angeben müßten. Das dürfte genügen.

Die Debatte wurde bei diesem Paragraphen abgebrochen und auf heute, Mittwoch, vertagt.

Allgemeine Mitteilungen.

— Der kommandierende General des 13. (württembergischen) Korps, General der Infanterie v. Fallois, tritt, wie verlautet, zurück.

— Dem Husaren-Regiment Fürst Blücher hat der Kaiser in einer Kabinettsorder seinen Glückwunsch zu der Jubelfeier ausgesprochen.

— Bei der Abstimmung im Reichstage über das Gehalt des Reichsstaatssekretärs Krätke sind dem „Vorw." zufolge außer den Sozialdemokraten auch die liberalen Abgeordneten Schrader und Dohrn sitzen geblieben; sie haben also gegen die Bewilligung des Krätkeschen Gehalts gestimmt.

— Das bayerische Kultusministerium soll, dem „Münchener Tagblatt" zufolge, der Ansicht sein, daß im Interesse der Lehrfreiheit und der persönlichen Sicherheit der Dozenten bessere Garantien geschaffen werden müßten, als sie der Rektor Dr. Endres dem Professor Bardenhewer bei der ersten Studentendemonstration geboten habe. Auch bei der Vorlesung Professor Bardenhewers am Montag wiederholten sich die Demonstrationen. Als Professor Bardenhewer das Auditorium betrat, begrüßten ihn seine Anhänger mit Hochrufen, während die Gegner mit Pfeifen antworteten.

— Der Weimarische Landtag nahm mit 16 gegen 15 Stimmen den Gesetzentwurf betr. Besteuerung der Warenhäuser des Großherzogtums an.

Heer und Flotte.

— Kaiserliche Marine. Tpddt. S 90 ist am 14. Februar in Schanghai eingetroffen und geht am 22. Februar von dort nach Tsingtau in See. S. M. Flußkbt. „Tsingtau" ist am 14. Februar in Macao eingetroffen und geht am 17. Februar von dort nach Hongkong in See. „Luchs" ist am 15. Februar von Hongkong nach Tsingtau in See gegangen. Der Transport der abgelösten Besatzung „Planet" ist mit dem „Gneisenau" am 15. Februar in Bremerhaven eingetroffen. „Bussard" ist am 15. Februar in Kilwa Kiwindje eingetroffen und am 16. Februar von dort nach Kilwa Kisiwani in See gegangen. „Jaguar" ist am 16. Februar in Nanking eingetroffen und geht am 21. Februar von dort nach Schanghai ab. Flußkbt. „Vorwärts" ist am 17. Februar von Itschang (Yangtse) nach Shasi (Yangtse) abgegangen. Der N.-P.-D. „Hohenstaufen" mit einem Zweigtransport für die Besatzung des Kiautschougebiets an Bord ist am 15. Februar in Penang eingetroffen und hat am 16. Februar die Reise fortgesetzt.

Deutscher Reichstag.

104. Sitzung vom 18. Februar, 1 Uhr.

Die Beratung des

Postetats

wird fortgesetzt. Beim Titel „Oberpostassistenten" bitte[illegible]

Abg. Eickhoff (frs. Vp.) um nachträgliche Vergünstigungen für einen Beamten in Leipzig, der für eine kurzzeitige Beteiligung an einem gewerblichen Unternehmen ohne zuvor eingeholte Erlaubnis zu schwer bestraft worden sei; besonders durch Verzögerung seiner etatsmäßigen Anstellung.

Direktor im Reichspostamt Frank: Die Sache liegt doch etwas anders. Seine Zurückstellung erfolgte nicht aus jenem Grunde, sondern wegen mangelhafter Dienstführung.

Abg. Kopsch (frs. Vp.) beschwert sich über einen Fall, wo hartangestrengten Beamten ein „Zwangsurlaub" zur Winterszeit gegeben worden sei. Noch dazu ohne Vorbereitung. Was nütze im Winter ein solcher Urlaub?

Nachdem Abg. Eickhoff nochmals den Leipziger Fall berührt, bestätigt

Staatssekretär Krätke die Angabe des Direktors, daß der betreffende Beamte sich Jahre lang mangelhaft geführt habe. Was den Zwangsurlaub anlange, so sei er überzeugt, daß der Postdirektor niemals einen Untergebenen, der den Urlaub im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080219011/fragment/page=0001

Winter nicht antreten wolle, dazu zwingen werde. Aber in irgend einer Weise müsse die Urlaubsfrage ausgleichend geregelt werden, da die Beamten sich doch untereinander vertreten müßten.

Beim Titel „Unterbeamten" führt

Abg. Zubeil (Soz.) Beschwerde über Vorgänge in Kadinen, wo überhaupt eine sonderbare Wirtschaft im Postamte zu sein scheine. Eine Beschwerde in Elbing sei von den zuständigen Vorgesetzten, dem Direktor Dobberstein und seinem Vertreter, nicht zu Protokoll genommen worden. Gegen den dabei in Betracht kommenden Unterbeamten sei trotz seiner ausdrücklichen Bitte kein Strafverfahren eröffnet, er sei vielmehr nach Graudenz strafversetzt worden. Angeblich wegen Trunkenheit im Dienst und tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten. Diesen Beschuldigungen aber ständen eidesstattliche Versicherungen entgegen.

Staatssekretär Krätke stellt demgegenüber fest: Prose habe sich in Kadinen nicht bewährt, sei nach Elbing zurückgezogen worden und habe sich dort unnütz benommen. Er sei wegen Trunkenheit zunächst nur in 5 Mark Ordnungsstrafe genommen, habe dann falsche Beschuldigungen erhoben, sei dann mit 20 Mk. bestraft worden und dann wegen eines Leidens pensioniert worden. Mit weiteren Anschuldigungen gegen frühere Vorgesetzte sei Prose bis in die letzte Instanz, bis zum Kammergericht, gegangen und überall abgewiesen.

Abg. Lindewald (Reformp.) bittet um Gleichstellung der Landbriefträger mit den städtischen Schaffnern.

Staatssekretär Krätke: Ich freue mich, dem Vorredner sagen zu können, daß ich die Gehälter der Landbriefträger nicht für ausreichend halte und mich bemühe, sie auf einen höheren Satz zu bringen. Ich hoffe, daß dies bei der allgemeinen Neuregelung der Gehälter möglich werden wird.

Abg. Dr. Mill-Straßburg (Ztr.) beklagt sich darüber, daß in der durchaus nicht betriebsarmen Gegend zwischen Zabern—Molsheim—Straßburg die Versorgung mit Postagenturen nicht den Bedürfnis entspreche. Namentlich sei die Auswahl der Orte, die Postanstalten erhielten, eine zum Teil ungeeignete.

Abg. Göbel (Reformp.) wünscht Besserstellung der Postagenten.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (frs. Vgg.) bittet, Geschäftsleute nicht zu Postagenten zu machen.

Abg. Köhler (wirtsch. Vgg.) schildert als ehemaliger Postagent die Verhältnisse dieser Beamten als verbesserungsbedürftig Auch sie bedürfen des Urlaubs.

Staatssekretär Krätke betont dagegen die große Verschiedenheit in der wirtschaftlichen Lage der Postagenten. 830 von ihnen sind Rentiers; soll man ihnen auch Urlaub geben?

Abg. Hamecher (Ztr.) befürwortet Wünsche der Post- und Telegraphenboten in bezug auf Erhöhung der Tagegeldsätze, Dienstalterszulagen, Anrechnung der Dienstzeit, etatsmäßige Anstellung usw.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) plaidiert für Lohnerhöhungen für die Arbeiter der Post- und Telegraphen-Verwaltung.

Geh. Rat Neumann: In dem Mehransatz von 1 400 000 Mk. bei dem betr. Etatstitel stecken bereits Lohnerhöhungen.

Abg. Lehmann (Soz.): Dann sollte doch bei dem Titel wenigstens angegeben sein: so und so viel von dem Mehransatz entfällt auf Mehreinstellung von Arbeitern, und so und so viel auf Lohnerhöhung!

Bei dem Titel 38 c: „Zur Remunerierung außergewöhnlicher verdienstlicher Leistungen von Beamten" bemerkt der

Abg. Schultz (Rp.): Gestern sei ja beschlossen worden, alle Resolutionen zum Postetat zur dritten Lesung zurückzustellen. Darunter falle also auch die Resolution v. Gamp wegen der Ostmarken-Zulagen. Er möchte aber doch die Linke bitten, endlich einmal alle theoretischen Bedenken wegen der Widerruflichkeit der Zulagen hintanzustellen. Ein Weg müsse sich doch finden lassen, um endlich einmal die allen Reichsbeamten, nicht nur den Postbeamten, so unerläßlichen Zulagen zu bewilligen. Auch

Abg. Bassermann (ntl.) tritt grundsätzlich für die Zulagen ein, meint aber, es könne dem Verlangen nach Ostmarkenzulagen nur auf dem Wege eines Nachtragsetats Folge gegeben werden.

Abg. Singer (Soz.) hält entgegen Bassermann das Recht des Reichstags, im Etat die Ausgaben beliebig zu erhöhen ausrecht. Aber die Ostmarkenzulagen lehne die Sozialdemokratie grundsätzlich ab.

Abg. Gröber (Ztr.): Maßgebend ist lediglich der Wortlaut des Antrags Gamp und nicht die Motivierung des Abg. Schultz. Es ist im Antrag nur von einer außerordentlichen Beihilfe die Rede. Es steht kein Wort im Antrag darüber, ob sie jedem Beamten zu geben ist oder nicht. Die Regierung kann es also machen wie sie will. Es steht auch kein Wort davon im Antrag, ob die Zulage widerruflich sein soll oder nicht; die Regierung kann es also machen wie sie will. Gewiß kann die Regierung sich bis zur dritten Lesung schlüssig machen; ja, aber dann ist noch eine dreimalige Lesung erforderlich. Anders als durch einen Nachtragsetat läßt es sich nicht machen, Herr Kollege! Nun kann sich aber nach einer Erklärung des Grafen Posadowsky der Bundesrat auf eine Resolution des Reichstags erst nach Schluß der Session erklären (Heiterkeit), im Interesse der Kontinuität der Gesetzgebung, da ja sonst der Reichstag inzwischen eine entgegengesetzte Resolution fassen könnte. Also bis zum Schluß der Session müssen Sie schon warten, und vielleicht werden wir diesmal nur vertagt! (Heiterkeit.) Sie müssen also schon Ihre Resolution formell und materiell umändern, helfen tue ich Ihnen dabei nicht. (Heiterkeit.)

Abg. Schultz (Rp.): Irgend ein Weg muß doch gefunden werden, wir wollen uns doch irgendwie verständigen. Der Präsident erklärte gestern, über die Resolutionen soll erst in dritter Lesung abgestimmt werden, und nun saßen wir da! (Heiterkeit.)

Die Aussprache schließt. Die Abstimmung über die Ostmarkenresolution bleibt bis zur dritten Lesung ausgesetzt.

Abg. Ahlhorn (frs. Vp.) bedauert, daß durch die Anlage von Telegraphenleitungen die Kronen der Straßenbäume vielfach beschädigt werden.

Unterstaatssekretär Dr. Sydow: Der Konflikt zwischen Telegraphenstangen und Chausseebäumen ist so alt wie die Telegraphenverbindung selbst. (Heiterkeit.) Auf die Bäume wird alle mögliche Rücksicht genommen, sie sollen möglichst wenig geschädigt werden, ganz vermeiden läßt sich das aber nicht. Es werden immer Stangen genommen, die höher sind als die Bäume, aber wenn auch die Bäume höher werden, so wollen doch die Stangen nicht mitwachsen. Viele Klagen über Telephonstörungen beruhen darauf, daß nasse Baumzweige die Leitungen berühren. Wenn nicht genügend ausgeästet wird, so leidet also die telephonische Verständigung. Aus dem Dilemma kommen wir nicht heraus.

Abg. Kopsch (frs. Vp.) bemängelt, daß oft freiwillige Versetzungen nur dann bewilligt werden, wenn ein Verzicht auf die Umzugskosten ausgesprochen wurde. Man solle nicht so kleinlich sein. Versetzungen, die auf Wunsch wegen der Gesundheit der Familie oder des Unterrichts der Kinder erfolgen, liegen auch im dienstlichen Interesse.

Staatssekretär Krätke: Wir dehnen den Begriff „dienstliches Interesse" so weit wie möglich aus. Bei unserem Beamtenheere können wir aber nicht alle Umzugskosten auf unsere Kasse übernehmen.

Abg. Dr. Ablaß (frs. Vp.) führt Klage darüber, daß in Hirschberg i. Schl. kein neues Postgebäude errichtet sei.

Staatssekretär Krätke: Diesmal ging's nicht, vielleicht das nächste Mal.

Die Ausgaben werden bewilligt; ebenso die Einnahmen.

Damit ist der Postetat erledigt.

Beim Etat der Reichsdruckerei bittet

Abg. Kopsch (frs. Vp.), die Bezüge der mit monatlicher Löhnung angestellten Werkleute zu verbessern.

Der Etat wird bewilligt.

Der Justizetat.

Für die allgemeine Aussprache liegen zehn Resolutionen vor. Die Nationalliberalen fordern einheitliche Regelung des Strafvollzugs, ferner einen Gesetzentwurf betreffend Strafrecht, Strafvollzug und Strafverfahren hinsichtlich jugendlicher Personen. Eine Zentrumsresolution fordert für Untersuchungsgefangene und für nicht wegen ehrloser Handlungen verurteilte Personen die Zulassung der Selbstbeköstigung. Die Reichspartei wünscht die Verschickung von Strafgefangenen nach einer deutschen Strafkolonie. Dr. Junck (ntl.) fordert Arbeitertarifverträge. Die Sozialdemokraten verlangen Sondergerichte für Streitigkeiten bei Bureaugehilfen, ländlicher Arbeiterschaft und Gesinde, ferner Tagegelder für Geschworene und Schöffen. Die Reichspartei tritt für Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige ein. Die Sozialdemokraten legen noch Resolutionen vor in bezug auf das Recht der Zeugnisverweigerung für die Presse, für Abgeordnete von Parlamenten und kommunalen Vertretungskörpern.

Abg. Dr. Wagner (kons.) stimmt den nationalliberalen Anträgen über Jugendgerichte zu. Die Kriminalität der Jugendlichen habe erschreckend zugenommen. Für die Zeit zwischen Schule und Militär müsse gesorgt werden. Die Oeffentlichkeit vor Gericht müsse mehr ausgeschlossen werden als bisher. Neue Sondergerichte seien abzulehnen, ebenso die Resolutionen über die Zeugnisverweigerung für Abgeordnete. Der Zeugniszwang für die Presse könnte eingeschränkt werden. Den Diätenanträgen werde seine Partei zustimmen, dem Deportationsantrage aber nicht. Der Redner wendet sich gegen die Schmutzpresse und beschäftigt sich mit den Strafprozessen der letzten Zeit, die bewiesen hätten, daß ein größerer Schutz des Familienlebens erforderlich sei. Im übrigen müsse das Strafrecht von wahrer Humanität getragen sein. Man dürfe aber auch nicht in jedem Verbrecher einen pathologischen Uebermenschen sehen, besonders wenn er aus hohen Kreisen ist. Der Redner schließt mit dem Wunsche, daß der Staatssekretär sich seinen großen Reformen bald kommen werde. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Ich kann erklären, daß aller Voraussicht nach die Novelle zur Reform des Zivilprozesses im Laufe der nächsten Wochen dem Reichstage zugehen wird. (Beifall.) Von der Absicht, die Novelle zurückzuziehen, ist in Regierungskreisen absolut nichts bekannt. Ein Gesetzentwurf über die Haftung des Reiches für die Handlungen der Reichsbeamten ist zurzeit fertiggestellt. Es besteht die Aussicht, ihn in kurzer Zeit an den Bundesrat zu bringen. (Beifall.)

Abg. Dr. Heinze (ntl.): Hoffentlich wird uns das neue Strafgesetzbuch nicht die Prügelstrafe bringen. (Beifall.) Bei der Beurteilung unseres kriminellen Lebens müssen wir sehr vorsichtig sein. Unsere Kriminalität ist gar nicht so erschreckend. Die Meineide haben tatsächlich abgenommen. Der Redner geht auf die vorliegenden Resolutionen ein und empfiehlt die seiner Partei. Wir verlangen, daß beim Strafvollzug auf die wirtschaftliche Bedeutung der Strafgefangenen Rücksicht genommen wird, damit das Handwerk nicht geschädigt wird. Dem Antrage auf Deportation können wir nicht zustimmen, bis die Sache nicht genügend geklärt ist. Die vielen Klagen über die Justiz beruhen zum großen Teil auf Dingen, die durch die Reform nicht berührt werden: Langsamkeit der Prozesse, Weltfremdheit der Richter und Klassenjustiz. Die Beschwerden sind zum großen Teil berechtigt, aber sie müssen auch auf die berechtigte Basis zurückgeführt werden. Auch die immerwährenden Klagen über Klassenjustiz sind nicht durchweg grundlos. Aber wenn man manche Mißstände auch anerkennt, so darf doch die Agitation gegen unsere Justiz nicht das richtige Maß überschreiten. Neue Sondergerichte lehnen wir ab. Unsere Richter dürfen sich nicht ausschließlich mit der Jurisprudenz begnügen, sie müssen sich einen weiten Blick verschaffen und sich mit allen Fragen des Lebens beschäftigen. Aus den Gerichtssälen muß alles heraus, was nach Sensation klingt. Ein Beispiel, wie es nicht gemacht werden soll, ist die Rede des Oberstaatsanwalts Nenbiel beim Moltke-Harden-Prozeß. Der Redner wendet sich gegen die Schmutzliteratur und fordert die Staatsanwälte auf, bei Erhebung der öffentlichen Anklage volle Unparteilichkeit walten zu lassen. Er weist auf die Bedeutung des Anwaltsstandes hin. Objektiv nach allen Seiten müßten Justizverwaltung, Richter und Anwälte zusammenarbeiten, damit das Vertrauen unseres Volkes zur Rechtsprechung noch vermehrt werde. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Brunstermann (Rp.) begründet die Resolution auf angemessene Erhöhung der Gebühren und Reisekosten für Zeugen und Sachverständige.

Das Haus vertagt sich. Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 6¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 18. Februar.

Am Ministertische: Holle, Schwartzkopf, Koepke.

Die zweite Lesung des

Kultusetats

wird beim Kapitel „Elementarunterrichtswesen" fortgesetzt. Ein hierzu gestellter Antrag Dr. Gottschalk (ntl.), Kopsch (frs. Vp.) und Ernst (frs. Vgg.) fordert gesetzliche Regelung der Dauer der Schulpflicht nach einheitlichen Gesichtspunkten, aber unter Berücksichtigung berechtigter Sonderverhältnisse der einzelnen Landesteile, und ferner einheitliche Bestimmungen über die Folgen der ungerechtfertigten Schulversäumnis. Ein zweiter Antrag Engelbrecht (frk.) verlangt Wiedereinführung früherer Schulpflichtgesetze, wie sie vor 1871 bestanden, im Gebiete des schleswig-holsteinischen Küstenrechts.

Abg. Dr. Gottschalk (ntl.) begründet den ersten Antrag, indem er auf die Unzuträglichkeiten des derzeitigen Zustandes hinweist. Der Redner bleibt bei der Unruhe des Hauses, die der Präsident vergeblich mehrmals zu beseitigen sucht, im einzelnen völlig unverständlich. Er kritisiert namentlich die Rechtsprechung des Kammergerichts, das das Ende der Schulpflicht auf den 14. Geburtstag des Schülers gelegt hat.

Kultusminister Holle betont, die Verschiedenheit des Schulrechts hänge mit der Gesamtentwicklung des preußischen Staates zusammen. Nachdem die Schulunterhaltungspflicht neuerdings einheitlich geordnet sei müsse man jetzt an die Neuordnung der Schulpflicht gehen. Allerdings seien die Wirkungen der Verschiedenheit der Bestimmungen nicht so schlimm, da der Grundgedanke und die Grundlage aller dieser Bestimmungen dieselben seien. Die Aufnahme- und Entlassungstermine seien im großen und ganzen ziemlich einheitlich geregelt, auch die Dauer der Schulpflicht sei überall die gleiche: 6. bis 14. Lebensjahr. An der allgemeinen üblichen Festlegung des Entlassungstermins auf den Zeitpunkt der Konfirmation müsse man festhalten. Die Entscheidung des Kammergerichts wiedersprache dem natürlichen Empfinden und aller preußischen Schultradition. Ernstliche Schwierigkeiten habe die Kammergerichtsentscheidung aber nicht herbeigeführt. Trotz dieser Entscheidung konnte z. B. in Ost- und Westpreußen auf Grund besonderer Bestimmungen den Verwaltungsbehörden die Befugnis erteilt werden, Kinder auch über das gesetzliche Alter hinaus in der Schule zu halten, ebenso im Münsterlande und seit 1905 auch in Hannover. Nur in wenigen Einzelfällen hat das Kammergerichtsurteil praktische Anwendung gefunden. An sich liegt also für die Verwaltung einstweilen kein dringendes Interesse an einer einheitlichen Regelung der Frage vor. Aber ich bin gern bereit, in eine entgegenkommende Prüfung des Antrags einzutreten; allerdings scheint mir der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet für ein gesetzgeberisches Einschreiten zu sein, um so weniger, als die neue Schulorganisation sich erst festigen muß. Warten wir also noch zwei bis drei Jahre!

Abg. Engelbrecht (frk.) begründet seinen Antrag. Er bleibt im einzelnen unverständlich. Nachdem noch

Abg. Bachmann (ntl.) kurz für den Antrag Gottschalk eingetreten ist, erklärt

Geheimrat Schöppa, die Regierung verkenne nicht die sympathische Tendenz des Antrages Engelbrecht, halte aber den von ihm vorgeschlagenen Weg für nicht gangbar. Die Regierung wolle dem Antragsteller insofern entgegenkommen, als sie die Schulaufsichtsbehörden zu wohlwollender Prüfung von Dispensationsgesuchen für schleswig-holsteinische Schüler anweisen werde.

Abg. Heckenroth (kons.) erklärt die grundsätzliche Zustimmung seiner Partei zu dem Antrage Gottschalk, aber es sei nicht nötig, die Sache übers Knie zu brechen. Man solle die Prüfung der Frage der Unterrichtskommission überlassen.

Abg. Hansen (Däne) spricht sich für den Antrag Gottschalk, aber gegen den Antrag Engelbrecht aus.

Kultusminister Holle tritt der Behauptung des Vorredners, daß die Zurückbehaltung der Kinder in der Schule in Schleswig-Holstein aus politischen Gründen erfolge, entgegen.

Abg. Rzesnitzek (frk.) spricht sich im Sinne des Antrages Gottschalk aus

Abg. Hoff (frs. Vgg.) befürwortet ebenfalls den Antrag Gottschalk und lehnt namens seiner Freunde den Antrag Engelbrecht ab. Gegen diesen spräche neben andern auch das Bedenken, daß er praktisch nicht ausführbar sei. Der Redner legt das näher dar.

Abg. Graf Roeentlow (kons.) steht dem Antrage Engelbrecht wohlwollend gegenüber wegen des erzieherischen Moments, das in ihm liegt.

Die beiden Anträge gehen an die Budgetkommission.

Es folgt die Beratung des Antrages v. Schenckendorff (ntl.), die Regierung zu ersuchen, auf die Vermehrung der Pflichtstunden zur Pflege der

Leibesübungen in freier Luft

Bedacht zu nehmen.

Abg. v. Schenckendorff (ntl.) begründet seinen Antrag. Der Redner erkennt die bisherigen Bemühungen der Regierung zur Hebung der Gesundheit der Schüler an, vermißt aber doch immer noch die Einführung des obligatorischen Charakters der Jugendspiele. Während in Süddeutschland der obligatorische Spielnachmittag in allen Schulen bereits auf Anregung des Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele eingeführt sei, manchmal sogar in Preußen immer noch an der Spielpflicht für die Schulen. Diese sei doppelt nötig angesichts der gesundheitlichen Schädigungen der Jugend, die mit dem Schulunterricht verbunden seien. Die Fürsorge für die Jugend diene der Erhaltung der Volksgesundheit, der nationalen Wehrkraft und der wirtschaftlichen Volkskraft. (Lebh. Beifall.)

Kultusminister Holle sagt wohlwollende Prüfung der sehr begrüßenswerten Anregungen des Antragstellers zu. Die Pflege der Leibesübungen sei eine der wesentlichen Aufgaben der Schule, die in ihren Zöglingen Lust und Liebe dazu erwecken müsse. Aus dem Schulspiel, dem Schulturnen müßten allmählich Volksspiele, Volksturnen werden. Dahin müsse man streben. Bereits im Dezember habe er eine fachmännische Konferenz zur Prüfung der Frage, was die Schule zu diesem Zwecke tun müsse, einberufen, und er beabsichtige, in enger Fühlungnahme mit der Praxis weiter vorzugehen. Allerdings bestanden Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit einer weiteren Vermehrung der Spielstunden namentlich in den obligatorischen Stunden. Trotz dieser Bedenken fachmännischer Kreise stehe er dem Antrage wohlwollend gegenüber und werde ihn sorgfältig prüfen. Zunächst werde er Schulleiter, die für die obligatorischen Spielnachmittage Meinung haben, diese einführen und nach ein paar Jahren über das Ergebnis berichten lassen. (Beifall.) Die Pflege körperlicher Uebungen werde die Jugend auch vor sittlichen Gefahren bewahren. (Lebh. Beifall.)

Abg. v. Kölichen (kons.) bezweifelt bei aller Sympathie für die Tendenz des Antrages, ob der Pflichtunterricht die beste Lösung sei.

Abg. Schmedding (Ztr.) gibt ebenfalls seiner Sympathie für den Antrag Ausdruck.

Abg. Eickhoff (frs. Vp.) spricht sich im selben Sinne aus und hofft, daß der Antrag Erfolg haben werde.

Nachdem Abg. Ernst (frs. Vgg.) sich für den Antrag erklärt, wird dieser einstimmig angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Kultusetats beim Kapitel „Elementarunterrichtswesen" fortgesetzt.

Auf Anregung des Abg. Rzesnitzek (ft.) erwidert

Ministerialdirektor Schwartzkopff, daß die bei Verabschiedung des Volksschulunterhaltungsgesetzes geforderte Regelung der Schulunterhaltungspflicht für Posen und Westpreußen von der Regierung im Auge behalten werde.

Abg. Dr. Hackenberg (ntl.): Erfreulich ist die Absicht des Ministers, die wirtschaftliche Lage des Lehrerstandes zu heben und den Lehrern eine bessere Laufbahn zu eröffnen. Eine Belastung der Volksschüler durch Zeichenunterricht und durch Besprechung kolonialer Dinge lann ich nicht anerkennen. Auch für die soziale Gesetzgebung kann das Interesse nicht früh genug geweckt werden. Der Realienunterricht müßte an die den Kindern vor Augen schwebenden Verhältnisse angeknüpft werden. In bezug auf Leibesübungen sollte man sich mit Anregungen begnügen. Die einklassige Schule wird in erzieherischer Hinsicht immer das Ideal bleiben, allerdings erfordert diese einen wirklichen Schulmeister. Es ist ein großer Uebelstand, daß man aufs Land diejenigen Lehrer schickt, die eben das Seminar verlassen haben. Die Ortsschulaufsicht ist veraltet, die Seele der Aufsicht muß in der Kreisinstanz liegen. (Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Kultusetats.)

Schluß 4 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080219011/fragment/page=0002

Ausland.

Die Apanage in Serbien.

Bei der fortgesetzten Budgetberatung in Belgrad erklärte der serbische Ministerpräsident, die Regierung habe die Apanage ins Budget eingestellt, da es ihre Pflicht sei, die Erfüllung der monarchischen Pflichten der Krone zu ermöglichen. Der König habe die Apanage nicht verlangt. Er überlasse es der Skupschtina, diese Frage zu lösen. Jungradikale und Fortschrittler erklärten sich gegen die Apanage, die der Kronprinz ja abgelehnt habe.

Die Alandsinseln.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Petersburg über den Standpunkt der russischen Regierung bezüglich der Frage der Alandsinseln berichtet, Rußland habe keinerlei Absicht, die Alandsinseln zu befestigen. Die einzige Grundlage derartiger Gerüchte sei die Tatsache, daß während der Verhandlungen mit Schweden über den status quo in der Ostsee Rußland gefordert habe, daß die Erhaltung des status quo nicht verstanden werden dürfe als die Aufrechterhaltung der Alandsinseln-Konvention von 1856, die für Rußland demütigend sei.

Kleine Tagesnachrichten.

— In dem gestrigen im Elysée abgehaltenen französischen Ministerrat wurden folgende Ernennungen vorgenommen: Merlin zum Gouverneur von Kongo an Stelle von Bentil, dem der Abschied aus Gesundheitsrücksichten bewilligt wurde; Merlaud-Ponty zum Gouverneur von Westafrika an Stelle von Roume, der zurücktritt; Clozel zum Gouverneur von Ober-Senegal und Nigritz; Angoulvalt zum Gouverneur der Elfenbeinküste.

— In der Ostseefrage behält sich Rußland das Recht freien Waltens auf den Alandsinseln vor, steht aber davon ab, sie zu befestigen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 19. Februar.

Professor Dr. Rotstein sprach gestern abend im letzten der Vorträge zum Besten des evangelischen Vereinshauses über „Hammurabbi und Moses, Gesetz und Recht in Babel und Bibel". Redner beleuchtete zunächst das über zwei Jahrtausende alte Gesetzbuch des Hammurabbi und ging dann zu einer Darstellung der biblischen Gesetzbücher seit Moses über. Er begann mit der Magna charta des alten Bundes, den 10 Geboten des Moses, die selbst die Zweifel einer tausendjährigen Forschung nicht hinwegleugnen können, behandelte dann das sog. „Heiligkeitsgesetz" im 3. Mose, Kapitel 17—26. Hier ist zum erstenmal die höchste Forderung an die Menschen gestellt: Liebe deinen Nächsten. Das folgende „Deuteronomium" behandelte vorwiegend den Kultus und stellt die Forderung auf, daß nur am Tempel in Jerusalem geopfert werden soll. Die letzte Stufe der Gesetzgebung, schon aus nachchristlicher Zeit (500 oder 400) herrührend, ist der „Priesterkodex", der nur den Kultus regelt. Der Redner verglich die mosaische Gesetzgebung des näheren mit der altbabylonischen, die rein weltlich nur eine religiöse Umrahmung hat, und kam dann noch einmal vergleichend auf ihren Inhalt zu sprechen, der die Forderung gerechter Justiz, Schutz des Eigentums stellt, Ehe-, Familien- und Erbrecht darstellt und zuletzt die erste Arbeitsschutzgesetzgebung in der Weltgeschichte bietet. Das Gesetzbuch ist ein ewiges Denkmal des immerhin schon hohen Standes der Kultur vor 2000 Jahren.

Vereinigung der Post- und Telegraphen-Unterbeamten. Die Ortsgruppe Halle hielt am 15. Februar im Restaurant Titsch eine Versammlung ab, die von ungefähr 150 Mitgliedern besucht war. Der Vorsitzende empfahl die Einführung eines Unterrichtskursus, weil in Zukunft für die gehobenen Stellen eine Prüfung verlangt wird. Es wurde zu diesem Zwecke eine Kommission aus sieben Kollegen gewählt, die das weitere in die Wege leiten soll. Es liegt im Interesse der Berufsgenossen, sich recht zahlreich zu beteiligen, weil dadurch unter anderem der Preis des Unterrichts sich bedeutend billiger stellt. Als geeignete Zeit wurde einstimmig Montag und Donnerstag abend 8½—10½ oder 9—11 Uhr empfohlen. Darauf standen die Tagegelder der Postboten zur Diskussion. Nach längerer Besprechung wurde allseitig anerkannt, daß bei den Postboten eine große Not vorhanden sei. Bei den jetzigen Teuerungsverhältnissen sei mit 2,30 Mk. Tagegeld nicht auszukommen. Die hiesigen Postboten warten daher vertrauensvoll auf die Veröffentlichung des neuen Postetats, der hoffentlich Abhilfe bringen wird.

Im Maschinen-Technischen Verein hielt am Sonnabend Herr Ingenieur Zöller den zweiten Teil seines letzten Vortrages über Explosionsmotore. Der Vortragende behandelte die Hauptpunkte, die in der Wartung und Behandlung der Gasmotore zu beachten sind; es zeigte sich hierbei, daß das öftere Versagen der Gasmotore in ihrer mangelhaften Wartung zu suchen sei. Würden die Gasmotoren im Kleinbetriebe von geleraten Maschinisten, wie bei den Dampfmaschinen bedient, so würde viel weniger über die Motore geklagt werden. An den Vortrag schloß sich eine sehr lebhafte Diskussion, in der noch speziell die Generatoren für Anthrazit und Braunkohle behandelt wurden. Der Vortragende erntete reichen Beifall für seine Ausführungen.

Die Sektion Halle des Deutschen und Oesterreichischen Alpen-Vereins, e. V., hält ihre Monatsversammlung am Montag, den 24. Februar, abends 8½ Uhr im „Reichshof mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Vortrag des Herrn Privatdozenten Dr. Hildebrandt: „Vom Grödnertal bis zum Mittelmeer" (Lichtbilder). 3. Vortrag des Herrn Bücherrevisor Beckmann: „Bilder aus Sulden" (Lichtbilder). Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen.

Hallescher Vogelschutzverein. Durch das Ausscheiden des durch den Tod uns zu früh entrissenen Inspektors Schwan aus dem Vorstande des Hallescher Vogelschutzvereins wurde eine Neubesetzung der Stelle nötig. In einer kürzlich abgehaltenen Vorstandssitzung ist Herr Kaufmann Fritz Behrens, Ecke Neunhäuserstraße, mit der Beaufsichtigung der Futterplätze, Verteilung von Roesfutter usw. betraut. Bestellungen von Nistkästen für Stare, Rotschwänzchen, Meisen usw., die jetzt spätestens ausgeführt werden müssen, nimmt er ebenfalls entgegen. Herr Behrens steht auch sonst mit Rat zu Diensten.

In schwere Gefahr, zu ersticken, gerieten gestern abend in dem Hinterhause des Grundstücks Ritterstraße 17 zwei Kinder, ein Knabe von zwei und ein Mädchen von fünf Jahren, des Arbeiters Braun. In der Wohnung war, soweit wir erfahren konnten, ein kleiner Brand entstanden, der so starken Rauch entwickelte, daß die Kinder betäubt wurden. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr brachte die bewußtlosen Kleinen mit dem Sauerstoffapparat zum Leben zurück und fuhr sie dann nach der Klinik, wo sie schwer krank darnieder liegen.

Unter den Rädern des Rangierzuges. Der beklagenswerte Unfall am letzten Sonnabend betraf, wie wir in Richtigstellung unserer letzten Notiz mitteilen wollen, den Arbeiter Karl Gries.

Neues Theater.

„Der Unverschämte", ein Akt von Raoul Auernheimer.

Das Neue Theater brachte gestern abend vor der Wiederholung von Eßmanns „Vater und Sohn" einen kleinen Einakter von Auernheimer heraus. Nun, Auernheimer hat schon bessere Sachen gemacht; dies Stücklein ist ohne rechten Witz und Schneid und sehr durchsichtig dazu. Wozu ein Akt, wo eine Szene genügt hätte? Denn mehr ist doch nicht nötig, auch einem beschränktesten Mitteleuropäer klarzumachen, daß die kokette junge Frau Advokat Geyer ihren Mann doch mit Herrn Ferry zu betrügen stark gewillt ist, wenn sie ihrem eifersüchtigen Eheherrn auch den werbenden Brief Ferrys gibt und dazu den Rat, den Liebhaber recht mädig zu machen. Das tut der Mann, ja, er tut noch ein übriges: Ein Esel, wie er ist, läßt er im Vertrauen auf die Ehrenhaftigkeit des kurierten Kurschneiders und seiner Selma die beiden allein. In dem Liebhaber verrechnet er sich auch nicht, wohl aber in seiner vielschönen Frau. Sie geht nun ihrerseits ins Zeug, den Liebhaber wieder zum früheren Zustand seiner Verliebtheit zurückzubringen, sagt wohl ein loses Wort von ihren anderen Liebhabern in ähnlichen Situationen zuviel dabei, und — schwapp kündigt ihr der Herr Galan die Freundschaft auf und geht. Er sah in ihr zuerst eine begehrenswerte Frau, nach seiner Bekehrung eine Göttin, und nun entdeckte er sie als — — sehr vielseitig in puncto amoris. — Das könnte mancher besser machen als Auernheimer, etwa Presber oder Ludwig Fulda, dessen allerliebsten „Ehrenhandel" wir voriges Jahr von ihm selbst in der Literarischen Gesellschaft vorgetragen und später im Neuen Theater recht gut vorgespielt bekamen. Wie damals in jenem Stücke spielte auch gestern im „Unverschämten" Fräulein Karsten die Rolle der jungen, von zweien geliebten Frau ganz prächtig. Dort ganz die ehrbare, war sie hier die nicht mehr so ganz unantastbare Wahrerin der Ehre des Gatten. Eines Mannes Ehre ist ja doch sein Weib. Den Mann erst voll Eifersucht und dann voller Spott, an den er doch eigentlich selbst nicht recht glaubt, gab Herr Busch mit viel Sicherheit. Seine Gesten nur haben oft etwas Stereotypes. Darauf möge er achten. Mit der Hilfslosigkeit des Liebhabers in Nöten hatte Herr Alexander mehr Glück als mit dem erwachenden Bewußtsein von Manneswert und Moral. Er war auch zuletzt Aug' in Auge mit der Verführerin noch recht unbeholfen, und das war gar nicht am Platze. Mehr ins Zeug gelegt, Farbe bekannt, Herr Alexander! Die Darstellung fand viel Beifall. S.

Zur Händel-Aufführung der Neuen Singakademie.

(„Kaisersäle", Mittwoch, 19. Februar.)

Von Willy Wurfschmidt-Halle a. S.

(Schluß.)

Eingeleitet wird die Kantate mit einem Orchestersatz, dem erst eine Solostimme in lebhaften sechzehntel Figuren mit den Worten: „Lobe den Herrn meine Seele" folgt. Der Chor nimmt dieselben Worte und Figuren auf, steigert sie zunächst in homophonen Akkorden und geht dann bei den Worten „und was in mir ist" etc. in fugierten Stil über. Ein schönes Baßarioso „Herr ich bin zu geringe" im Tone demutsvoller Ergebenheit schließt sich an. Der zweite Spruch „Lobe den Herrn meine Seele und vergiß nicht, was er dir Gutes getan" wird nunmehr ähnlich wie der erste vom Chor gebracht, wiederum fugierend schließend. Eine kurze einfache Sopranarie — dann wieder ein Chor „der Herr hat Großes an uns getan, des sind wir fröhlich" in jubilierenden sechszehntel Koloraturen das Wort „fröhlich" musikalisch ausmalend. Mit ähnlichen Malereien sind die Worte „Kommt, jauchzet alle mit fröhlichem Schalle" der nunmehr folgenden, nur vom Cembalo und Horn begleiteten Tenorarie ausgestattet. Die sich hieran anschließende Arie für Baß „Hast du mein Jesu" ist eigenartig ebenfalls nur vom Cembalo und dieses Mal vom Fagott allein begleitet. Von ergreifender Wirkung ist der Chor „die Opfer, die Gott gefallen, sind ein gängsteter Geist". Die Worte „gängsteter Geist" deklamiert der Chor im piano und in stockenden, durch Pausen unterbrochenen Rythmen. Die das „zerschlagene Herz" bedrückende Angst wird dadurch musikalisch treffend charakterisiert. Hoffnung und Bitte zugleich erhalten durch den sich bis zum ff. steigernden Schluß auf dem Worte „verachten" eine eindringliche Gewalt. Noch eine Baßarie, und dann setzt der Schlußchor „dem Gott, der allein weise ist" ein, der mit einem im fugierten Stil breit und mächtig ausgeführten „Amen" das Werk beendet.

Bevor jedoch nach dem Lehrer der weitaus bedeutendere Schüler zum Worte kommt, ist an dieser Stelle der Schlußsatz der Kantate: „Heut triumphiert Gottes Sohn" ein „Alleluja" von dem, durch die von ihm in Lübeck, dem Orte seines Wirkens, eingerichteten Abendmusiken berühmt gewordenen Dietrich Buxtehude (1637—1707) eingefügt.

Buxtehude, dem Wirken Händels und Bachs eng verwandt, war Organist in Lübeck. Bach sowohl wie auch Händel sind mit ihm in persönliche Berührung gekommen. Bach, damals Organist in Arnstadt, nahm einen vierwöchentlichen Urlaub und legte im Jahre 1705 den etwa 60 Meilen betragenden Weg bis Lübeck zu Fuß zurück, um, ein anderes in seiner Kunst zu begreifen" und von ihm zu lernen. Ueber die küstlerischen Offenbarungen, die ihm durch Buxtehude's Werke zuteil wurden, versäumte er sogar seine rechtzeitige Rückkehr, aus vier Wochen wurde ein Vierteljahr.

Händel kam mit diesem Meister im Jahre 1703 in Berührung, als man sich in Lübeck rechtzeitig einen guten Nachfolger Buxtehudes im Amte sichern wollte. Auf Veranlassung seines eigentümlichen „Freundes" Mattheson begaben sich Händel und Mattheson nach Lübeck. Händel war damals bereits ein berühmter Mann. Sie wurden deshalb „mit vielen Ehrenbeweisungen und Lustbarkeiten" empfangen und gefeiert. Da aber eine Heiratsbedingung, eine für die damalige Zeit nicht seltene Bedingung in Kantoren-, Organisten- und Predigerämtern, mit diesem Posten verknüpft war, begnügte sich Händel mit den ihm erwiesenen Ehrungen und verzichtete auf das Amt. Bei dieser Gelegenheit hat Buxtehude unserem Händel vorgespielt. Diese damals gespielte Orgelsuge hat der Meister sein Leben lang nicht vergessen. Seifert findet Anklänge an diese noch im Messias und in einem Concerto grosse (Nr. 12 op. 6).

Das von Buxtehude hier zur Aufführung kommende Alleluja läuft am Ende ciaconenartig aus; über der fortgesetzten Wiederkehr eines Themas im Basse entwickelt sich in den Gesangstimmen ein immer wieder veränderter Kontrapunkt. Die Wucht und Gewalt dieses Stückes mahnt an Händelsche Größe.

Von unserem Meister selbst gelangt eines der kleineren Chorwerke, die Caecilienode zur Aufführung. Kleine Bilder und Skizzen, von Händel mit meisterlicher Klarheit in Musik gebracht, Originalität, Kraft und Schönheit zugleich aber auch eine reizende Intimität ihrer Wirkung, sowie die Mannigfaltigkeit ihres Stimmungsgehaltes stehen diese Ode mit an erste Stelle aller seiner Werke. Caecilia, eine christliche Märtyrerin wurde wegen ihrer wunderbaren musikalischen Fähigkeiten von den Tonkünstlern zur Schutzheiligen erkoren. Ihr Kalendertag (der 22. Nov.) vereinigte in allen Ländern die Musiker zu Unterhaltungen, die anfangs auf häusliche Kreise beschränkt, sich endlich zu öffentlichen Musikfesten erweiterten. Besonders in England gewinnt dieses Fest dadurch besondere Bedeutung, daß sich dort gerade die bedeutensten Komponisten mit der Komposition solcher, die Wirkung der Musik verherrlichenden Oden befaßten. Händel komponierte die von dem großen englischen Dichter Dryden gedichtete Ode im Jahre 1739. Geschildert wird in derselben die Weltschöpfung durch Harmonie, die Wirkung der Musik durch ihre verschiedenen Tonorgane auf die Menschheit sowie das Ende aller Dinge durch dieselbe Kraft..

„Wer es aufrichtig mit seiner Kunstbildung meint, kann gar nichts Besseres tun, als sich hingebend mit diesen Werken (Caecilienode und Alexandersfest) zu beschäftigen, denn sie werden immer den Maßstab abgeben, wie weit man in die Musik an sich, abgesehen von allem Beiwerk und aller Verwendung eingedrungen ist. Zugleich sind sie eine überaus trostreiche Erscheinung für den Laien, indem sie ihn auf denjenigen Weg bringen, welcher ohne Lehrmeister des Kontrapunkts zu einem lebendigen Verständnis der Tonkunst führt." (Chrysander).

An der Spitze des Programms steht als Einleitung das Concerto grosso (G-moll op. 6 Nr. 6) ebenfalls im Jahre 1739 entstanden, eine jener prachtvollen und inhaltsreichen Konzertmusiken, die ihrer Anmut und Leichtfaßlichkeit wegen verdienen, häufiger wieder in unser öffentliches Konzertleben eingeführt zu werden. Die Form dieser Orchesterkonzerte ist die italienische mit ihrer Teilung in zwei Gruppen, dem das virtuose Element vertretende sogenannten Concertino, bestehend aus zwei Violinen und Cello und dem Concerto grosse, welches den Chor des Streichorchesters darstellt. Zu jeder der beiden Gruppen gesellt sich als fester Grund und sicherer Halt je ein Cembalo (Flügel).

Den Händelaufführungen der Neuen Singakademie liegt ein für allemal die Chrysandersche Neugestaltung zugrunde, die ihre Wirkungsfähigkeit nunmehr oft genug und in fast allen Städten bewährt hat. Chrysander führt neben einer Textrevision das zu Händels Zeiten übliche Orchester und das Cembalo wieder ein. Die Orchesterbesetzung war eine chormäßige. Auch die sonst im modernen Orchester einfach besetzten Blasinstrumente wie Oboen und Fagotte werden hier 6- resp. 4fach besetzt. An Stelle des alten Cembalo kann ohne Bedenken, wenn die Ausführung dieser Partie kundigen Händen anvertraut wird, ein moderner Flügel genommen werden, wie es bei dieser Aufführung der Fall ist.

Goethes Einfluß auf das französische Geistesleben.

Herr J. M. Carré, Lektor der französische Sprache an unserer Universität, beendete gestern mit seiner sechsten Vorlesung seinen Vortragszyklus über „Goethes Einfluß auf das französische Geistesleben." Von der Schwelle der zwanzigsten Jahrhunderts aus blickte der Redner zunächst noch einmal zurück auf Goethes Bedeutung in der Vergangenheit. Natürlich konnte Goethe in Frankreich nur noch weniger Einfluß auf das Publikum gewinnen als in Deutschland. Allein die geistige Elite, insbesondere die Literatenkreise, ließen sich von ihm befruchten. Durch sie hat Goethe die Evolution der französischen Literatur mit jedem seiner Hauptwerke außerordentlich gefördert. Durch seinen Werther erzielte er eine Rückwirkung gegen den Klassizismus; seine Lyrik und seine Dramen beeinflußten die französische Romantik. Aus Goethes klassischer Periode und seinem Paganismus schöpfte die Schule des Parnasse, während seine wissenschaftliche Tätigkeit für den Evolutionismus, seine Philosophie für den französischen Pantheismus maßgebend war.

In der Gegenwart berufen sich auf Goethe als den Typus der „Kultur des Ich" zugleich die Traditionalisten Bourget und L. Daudet und die Progressisten, wie z. B. der sozialistische Schriftsteller Fournière. Beide Richtungen stimmen darin überein, daß die Gesellschaft sich nur durch die Kultur des „Ich" gestalten lasse.

Trotz der Gegenströmung, die besonders die katholischen Schriftsteller zu erregen sich bemühen, sucht man jetzt doch immer tiefer in Goethes Werke einzudringen. Noch im Jahre 1903 übersetzte Mlle. Paquelin den Faust. Götz von Berlichingen und Hermann und Dorothea sind in Schulausgabn von Chuquet erschienen, während Baldensperger im Jahre 1904 interessante Studien über „Goethe en France" geschrieben hat. In der Tertia der Gymnasien wird die Campagne in Frankreich, in der Sekunda Hermann und Dorothea, in der Prima die Iphigenie im Urtext gelesen. Auch auf den Universitäten wird das Studium Goethes eifrig getrieben. So wurde im vorigen Jahre in Nancy ein Kolleg über Faust (1. Teil) und Werther, in Paris über Faust gelesen, während in diesem Jahre auf der Universität Kiel der Götz von Berlichingen erklärt wird.

Wie in der Vergangenheit und Gegenwart, so wird auch in der Zukunft Goethes Einfluß in Frankreich bestehen bleiben. Seine weitherzige Lebensauffassung und Weltanschauung außerhalb der Dogmen, das Prinzip der inneren Befreiung und des Strebens nach der individualistischen Kultur, seine breite Kunstauffassung, die eben so weit entfernt ist von den klassischen französischen Regeln wie von den Uebertreibungen der Romantik, haben ihm diesen für alle Zeiten gesichert. Dennoch dürfte ein Goethekultus in Frankreich schon deshalb kaum möglich sein, weil der deutsche Dichter mit dem beliebtesten französischen, mit Victor Hugo, um die Palme der Popularität zu kämpfen hat. Zwischen beiden Charakteren bestehen aber eine ganze Reihe unüberbrückbarer Gegensätze. Trotzdem dürfte aber auch in der Zukunft Goethes Einfluß in den gebildeten Kreisen noch zunehmen. Sie werden seine Ideen verbreiten; man wird, oft vielleicht unbewußt, auf sie zurückkommen, aber gerade darin beruht ein bedeutender literarischer Einfluß, auch wenn er nicht unmittelbar wirkt.

Mit Worten herzlichen Dankes für die bisher geschenkte Aufmerksamkeit, und mit dem Wunsche, daß man auch späteren französischen Vorträgen aus dem Gebiete der Literatur das gleiche Wohlwollen entgegenbringen möge, damit diese Vorlesungen nicht ein bloßer Versuch, sondern eine dauernde Einrichtung werden möchten, schloß der Redner seine überaus interessanten Ausführungen. Sein Abschiedsgruß: „Auf Wiedersehen", fand in den Herzen seiner Hörer gewiß einen freudigen Widerhall.

XXV. Jubiläums-Unterverbandstag selbständiger Maler und Lackierer.

Gestern wurden die Verhandlungen des Verbandstages fortgesetzt. Man beschließt zunächst, eine neue Skizze einer Medaille

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080219011/fragment/page=0003

des Unterverbandes kostenlos anfertigen zu lassen und diese einer Kommission von fünf Herren zur Begutachtung vorzulegen.

Hieran schloß sich ein Vortrag des Herrn Lilge-Magdeburg über den Malertag in Hannover, aus dem hervorging, daß eine Erhöhung des Bundesbeitrages auf ein Jahr bis zum nächsten Malertag verschoben wurde.

Im September wird der diesjährige Malertag in Dresden tagen. Die Malerzeitung „Der Maler" soll obligatorisch überall eingeführt werden. Als Vorort für den nächsten Unterverband wird einstimmig Gera beschlossen.

Der Haushaltsplan 1908/09 wird genehmigt. Zum Schluß teilte die Begutachtungskommission das Ergebnis ihrer Prüfung mit und verteilte die Preise u. zw.: 3 silberne Medaillen der Stadt Halle an Mügge-Halle, Zahn-Bernburg, Handwerkerschule Halle; 2 silberne Medaillen des Unterverbandes an Zander-Halle, Schröder-Halberstadt; verschiedene 1. Preise mit Diplom an Konrad-Magdeburg, Basseches-Düsseldorf, Grohmann-Dresden, Malerschule Naumburg, Direktor Eisermey der Malerschule Burtehude, Innungsfachschulen in Halle und Bernburg, den Gehilfen Haakmeyer-Halle, Pätz-Erfurt. 2. Preise mit Diplom an: Holze-Magdeburg, Puff-Leipzig, Gehilfen Hohlbach, Kompe-Erfurt, Dröges-Halle, Weber-Solingen, Oelze, Köhler-Magdeburg, Lehrling Püschel-Cracau. Diplom und ehrende Anerkennung an Lehrling Uhde-Burg. Drähne-Magdeburg, Beyer, Saal, Bauchspieß-Erfurt, Fischer, Balzer-Magdeburg, Holmbeitz-Halle, Städtische Gewerbeschule Aschersleben; 2 Sparkassenbücher der Handwerkerschule Halle mit 15 Mark an die Innungsschule Halle für die zwei besten Lehrlinge.

Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

Provinzialnachrichten.

Naumburg, 18. Febr. (Mammutknochen.) In einer Kiesgrube eines benachbarten Dorfes wurde unter Aufsicht des Lehrers Wirth aus Eulau in einer Tiefe von 3 Meter ein 1,20 Meter langer und bis 30 Zentimeter starker Knochen eines Tieres der Vorwelt bloßgelegt. Trotz sorgfältigster Behandlung zerbröckelte der Knochen bei leisester Berührung, so daß nur Teile davon erhalten werden konnten. Vermutlich hat man es mit dem Knochen eines Mammuts zu tun.

* **Mühlberg** (Elbe), 16. Febr. (Aus des Stromes Tiefen.) Bei Lorenzkirch wurde an der Elbe das nur noch mit wenig Fleisch bekleidete Skelett eines Mannes gefunden, der, anscheinend dem Schifferstande angehörig, jedenfalls sehr lange im Wasser gelegen hat, bis ihn der letzte Eisgang hochbrachte.

Eisleben, 18. Febr. (Von der Oberrealschule i. E.) Für Ostern ist der Kandidat des höheren Schulamts Herr Tiemeyer aus Halle a. S. zur kommissarischen Verwaltung einer Hilfslehrerstelle an die hiesige Oberrealschule berufen.

Nordhausen, 18. Febr. (Diebstahl der Theaterkasse.) Gestern abend, als die Kassiererin für einen Augenblick den Kassenraum verlassen hatte, wurde im Theatergebäude die Kasse gestohlen. Glücklicherweise hatte der Direktor kurz vorher den bisherigen Ertrag des Vorverkaufs für das Christians-Gastspiel in Höhe von etwa 500 Mark an sich genommen, so daß dem Diebe nur 120 Mk. in die Hände gefallen sind.

Sangerhausen, 18. Febr. (Goldene Hochzeit.) Am Sonnabend feierte der Stadtrat Reinbrecht mit seiner Gattin das Fest der goldenen Hochzeit. Am Vormittag gratulierten die städtischen Körperschaften durch unseren Ersten Bürgermeister Knoblauch und den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Bankdirektor Schmidt. Die Einsegnung nahm Herr Pastor Nittschalk vor.

— **Leopoldshall**, 14. Febr. (Im Senkungsgebiete.) Die hiesige Gasanstalt beabsichtigt, da sie hier im Senkungsgebiete liegt, ihren gesamten Betrieb nach Hecklingen zu verlegen. Es ist hierzu ein größeres Terrain in unmittelbarer Nähe des dortigen Bahnhofes in Aussicht genommen. Dort soll eine ganz neue Gasanstalt erbaut werden, die Stassfurt, Leopoldshall, Förderstedt, Atzendorf, Neundorf, Hecklingen mit Gas versorgt und außerdem so leistungsfähig gebaut wird, daß noch weitere Orte der Umgegend dem Leitungsnetze angeschlossen werden können. Die Verlegung der hiesigen Gasanstalt nach einem anderen Orte ist für Leopoldshall ein empfindlicher wirtschaftlicher Verlust.

§ **Köthen**, 16. Febr. (Jubiläum.) Die Feier des 25jährigen Jubiläums als Leiter der Maschinenfabrik-Aktiengesellschaft vorm. Wagner & Co. beging gestern Fabrikdirektor Hartwig Wagner. Aus kleinsten Anfängen heraus hat er das Werk, das in der Erzeugung von Maschinen für Papierfabriken einen Ruf besitzt, zu seiner heutigen Bedeutung gebracht. Deputationen der Stadtverwaltung, des Friedrichs-Polytechnikums, des Aufsichtsrats und der Arbeiterschaft brachten Glückwünsche und wertvolle Angebinde dar. Vom Herzog wurden dem Jubilar die Ritter-Insignien 2. Klasse des Anhalt. Hausordens Albrechts des Bären verliehen. Abends fand ein Kommers statt, an dem die etwa 360 Angestellten des Werkes, die Mitglieder des Aufsichtsrats und eine Anzahl Gäste teilnahmen. Die Verdienste des Jubilars feierte in längerer Rede Herr Oberingenieur Eckhardt. In seiner Antwort gab der Gefeierte bekannt daß der Aufsichtsrat dem Unterstützungsfonds der Fabrikangestellten 1000 Mark überwiesen und gleichzeitig beschlossen habe, bei gutem Geschäftsgang alljährlich die gleiche Summe diesem Fonds zuzuführen.

§ **Rudolstadt**, 17. Febr. (Wegfall der Steuererleichterungen für Beamte.) Der Landtag hat einstimmig beschlossen, das Gesetz vom 20. Dezember 1896 über die Kommunalbesteuerung der Staatsbeamten mit dem 1. Januar 1909 aufzuheben. Durch den Beschluß kommen die Steuererleichterungen der Staatsbeamten in Fortfall. Der Staatsminister hatte sich für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes ausgesprochen.

Gerichtsverhandlungen.

Eine Bombenattentäterin vor dem Schwurgericht.

(Unber. Nachdr. verb.) S. & H. Wadowice, 17. Febr.

Vor dem hiesigen Schwurgericht begannen heute die Verhandlungen gegen die Malerin Wanda Dobrodzjka, die das bekannte Bombenattentat auf den Generalgouverneur von Warschau Skallon am 18. August v. J. verübte, und zwar in dem sie aus einem Hause in Warschau bei der Vorüberfahrt des Generalgouverneurs auf dessen Wagen drei Bomben schleuderte, von denen jedoch keine krepierte. Nach der Anklageschrift wird die Angeklagte des versuchten Meuchelmordes und des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz beschuldigt.

Die Verhandlung ergab, daß der Gouverneur am Tage des Attentats bei dem deutschen Vizekonsul Baron v. Lerchenfeld einen Besuch abgestattet hatte, weil dieser kurz vorher von einem russischen Offizier beleidigt worden war und die deutsche Reichsregierung dafür Genugtuung verlangt hatte. Auf dem Rückwege von dieser Visite geschah das Attentat von seiten der Angeklagten, die eine russisch-revolutionäre Sozialdemokratin ist, schon lange dem Generalgouverneur nachgestellt hatte und als Mitglied der sogenannten Kampforganisation beauftragt worden war, den Generalgouverneur zu töten. — Der Prozeß, der voraussichtlich zwei Tage dauern wird, erregt vor allem in Oesterreich einiges Interesse, da die Angeklagte vor ihrer Verheiratung mit dem galizischen Arzt Dobrodzjka österreichische Staatsangehörige geworden ist und weil deshalb ursprünglich die Verhandlung gegen sie vor dem Wiener Schwurgericht stattfinden sollte. Die österreichische und russische Regierung haben sich aber dahin geeinigt, daß die Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht vor sich geht. — Die Angeklagte ist bei ihrem Verbrechen von einer bis jetzt noch unbekannt gebliebenen Dame begeitet gewesen, nimmt aber heute die ganze Schuld auf sich. Die langwierige Vernehmung der Angeklagten sowie die Zeugenaussagen ergeben nichts wesentlich Neues. — Wir werden deshalb nur über den Ausgang des Prozesses berichten.

* **Wadowice** (Galizien), 18. Febr. (Im Prozeß gegen die Malerin Wanda Dobrodzjka,) die wegen des Bombenattentats auf den Generalgouverneur Skallan von Warschau angeklagt war, verneinten die Geschworenen beide, auf versuchten Mord und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz lautende Schuldfragen, worauf der Freispruch verkündet wurde. Wanda Dobrodzjka wurde sofort freigelassen, da der Staatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde nicht anordnete.

Vermischtes.

O alte Burschenherrlichkeit . . . In der bayerischen Universitätsstadt Erlangen blüht noch die Blume des Studentenhumors. Dem „B. T." wird von dort geschrieben: Ein Mitglied der Burschenschaft „Germania" war vom hohen Senat mit 24 Stunden Karzer bedacht worden. Nach altem Studentenbrauch gab ihm seine Korporation das feierliche Geleit. An der Spitze des Zuges schritt als „Auge des Gesetzes", ein Polizeidiener mit gezogenem Säbel, hinter ihm ein Mann in Gehrock und Zylinder mit einer großen Tafel, auf der die ominösen Worte: „24 Stunden Karzer" weithin sichtbar prangten, dann kamen zwei Trommler in Landsknechtstracht, die einen Trauermarsch wirbelten. Der Senat war durch zwei Pedelle vertreten, die statt der Szepter Kochlöffel trugen. Würdevoll kam dann ein Kapuziner dahergeschritten, der den „Verurteilten" auf seinem „letzten Gang" begleitete. Hinter ihm der Verurteilte selbst im Büßergewand. Gesenkten Hauptes schritt er dahin. Schwere Ketten hielten ihn gefesselt, die zwei Henkersknechte in den Händen hielten. Ihnen folgte der Scharfrichter in rotem Gewande und mit großem, blanken Richtschwert. Auch zwei Richter fehlten nicht, von denen der eine ein großes corpus juris, der andere die Wage der Gerechtigkeit trug. Hinter diesen ein kleiner Wagen, auf dem ein Wirt edlen Gerstensaft verzapfte. Den Zug beschlossen die übrigen Burschen und Füchse, etwa dreißig an der Zahl. Die Füchse in Kneipflausen trugen Utensilien, die der Büßer im Karzer benötigte, Schlafrock, Hausschuhe, Pfeife usw., sogar Bücher und Kollegienhefte. So bewegte sich der Zug langsam durch die Straßen der Stadt bis zum Marktplatz, wo vor dem Denkmal des Kurfürsten Aufstellung genommen wurde. Die Richter brachen dort den Stab über dem Verurteilten, und der Kapuziner hielt eine Ansprache, an deren Schluß er auf das Wohl des Karzerkandidaten trank und die akademische Freiheit hochleben ließ. Nach dieser Zeremonie ging es weiter zum Karzer.

Die Erinnerung an die Tragödie des Landrats v. Bennigsen, die vor sieben Jahren so großes Aufsehen erregte, wird durch eine Nachricht geweckt, die von der Festung Weichselmünde bei Danzig kommt. Der Domänenpächter Falkenhagen, der im Jahre 1901 den Landrat v. Bennigsen, zu dessen damaliger Gattin er in unerlaubten Beziehungen gestanden, im Duell erschossen, wird demnächst aus der Festung Weichselmünde entlassen. Falkenhagen wurde im Februar 1902 vom Schwurgericht in Hannover zu einer sechsjährigen Festungshaft verurteilt, die vom 17. Februar desselben Jahres rechnete. Am 6. März traf er, geleitet von zwei hannöverschen Kriminalbeamten, auf der Festung ein, wo er sich bald trotz der hohen Strafe einer ziemlichen Bewegungsfreiheit erfreute, die später infolge verschiedener Vorkommnisse eingeschränkt wurde. Die Strafzeit würde bereits heute abgelaufen sein, verlängerte sich aber um einige Wochen, da Falkenhagen mehrere Male Urlaub gehabt und diese Zeit nachsitzen muß. Wiederholte Versuche, durch die Gnade des Kaisers einen Nachlaß der Strafe zu erreichen, waren erfolglos gewesen.

Ein 477 Jahre **alter Prozeß.** Fast unglaublich scheint die folgende Nachricht über einen aus dem Mittelalter stammenden Prozeß zu sein. Danach ist ein zwischen der gothischen Gemeinde Friemar und den dortigen Mühlenbesitzern seit dem Jahre 1430 schwebender Rechtsstreit wegen einer seinerzeit eigenmächtig vorgenommenen Erhöhung eines Wehrbaumes an dem Nesseflluß (!) mit Schluß des Jahres 1907 durch gütliche Uebereinkommen zum Abschluß gebracht worden. Die Höhe der Prozeßkosten ist noch nicht festgestellt.

Eine sonderbare „Rechtsfrage" beschäftigt gegenwärtig die katholischen oberkirchlichen Behörden in Tirol. In Kitzbühel wollte am vergangenen Sonntag ein äußerst kirchentreuer junger Handwerker mit seiner Auserkorenen den Bund fürs Leben schließen. Freunde und Angehörige waren schon in einer großen Anzahl bereit, dem Fest die nötige Weihe zu geben, da erfuhr, wie die „Voss. Ztg." schreibt, der gestrenge Herr Pfarrer, der Bräutigam habe vor einer Reihe von Jahren ein Verhältnis mit der Schwester seiner jetzigen Braut gehabt, das auch nicht ohne Folgen geblieben sei. Zur Ehre des Bräutigams sei es jedoch gleich gesagt — er war nicht der Vater des neuen Erdenpilgers. Er hatte wohl jene Schwester angebetet, war aber von ihr mit einem Rivalen, dem Vater des Kindes, betrogen worden. Er überwand lange nicht diese schmerzliche Erfahrung, und als endlich der Tag kam, an dem er sich der neu gewonnenen Gefährtin antrauen lassen wollte, fand der Seelsorger heraus, daß es nach den Gesetzen der allein seligmachenden Kirche nicht angeht, die Schwester einer einstmaligen, wenn auch treulosen Geliebten zu heiraten. Alle Vorstellungen des Brautpaares nützten nichts, der Pfarrer verweigerte wegen des vorhandenen, gesetzlich in der ganzen Welt nicht begründeten „Ehehindernisses" die kirchliche Trauung. Gegenwärtig denkt Se. Eminenz der hochwürdigste Fürstbischof Kalschtaler über den Fall nach. Fällt die Entscheidung zugunsten des Brautpaares aus, so „darf" die Trauung sofort stattfinden. Wird sie nicht erlaubt, so bleibt den beiden Leuten, da ihnen zu einer päpstlichen Vermittlung das Geld fehlt, das „Konkubinat" als der in Oesterreich bei den bestehenden Eherechtsgesetzen jetzt so oft betretene Ausweg.

Leitung: Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann, für das Feuilleton: Otto Sonne; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Fritz Ranz; für den Inseratenteil: Max Knesebeck. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
(einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Parlamentarisches.

Köln, 18. Febr. Zum Stand der Verhandlungen über die Justizreform erfährt die „Köln. Ztg.": Der Gesetzentwurf zur Abänderung der Zivilprozeßordnung ist in den Bundesratsausschüssen bis auf einige Details jetzt durchberaten und angenommen; er kommt in der nächsten Woche zur Plenarbeschlußfassung des Bundesrats und wird, da seine Annahme zweifellos ist, unmittelbar darauf dem Reichstag zugehen. Im Reichsjustizamt ist der Gesetzentwurf zur Abänderung der Strafprozeßordnung abgeschlossen. Er unterliegt jetzt der Prüfung der preußischen Regierung und wird, falls diese zustimmt, in einigen Wochen an den Bundesrat gelangen. Es wird beabsichtigt, den Entwurf alsbald nach Vorlegung bei dem Bundesrat zu veröffentlichen.

Ein Hochstapler in Dresden.

Dresden, 18. Febr. Vor einigen Tagen hat die Kriminalpolizei einen jungen Mann festgenommen, der angibt, mit dem am 31. Mai 1886 in Budapest geborenen Korrespondenten Michael Josef Brummel identisch zu sein. Brummel hat bei verschiedenen hiesigen diplomatischen Vertretern auswärtiger Staaten unter Vorlegung gefälschter Papiere um Reiseunterstützung und Ausstellung von Ausweispapieren nachgesucht. In seinem Besitze wurden nicht weniger denn 60 verschiedene falsche und echte Legitimationspapiere, als österreichische und schweizerische Pässe sowie behördlich abgestempelte Bescheinigungen auf die Namen Meyer, Georg Dimitri Dünkoff, Ruegg, Lombres, Henri, Sieber, Klauser, Steiger, Gama, van der Velden, Hammersköld, Michailovic, de Frontar, Quartier, Grabner, Branjovitch usw. lautend, vorgefunden, die er in Wien von einem Bekannten geschenkt erhalten haben will. Brummel hat die Betrügereien in Konsulaten jedenfalls schon seit einigen Jahren ausgeführt und lediglich dadurch seine Existenz gefristet. Nach seinen Angaben hat er früher in orientalischen Eisenbahndiensten gestanden und ist wegen begangener Betrügereien entlassen worden. Seitdem ist er in den verschiedensten südlichen Ländern umhergereist. In Alexandrien will er in Stellung bei dem Prinzen Aziz Hassan gewesen sein. Ueber die Persönlichkeit des angeblichen Brummels werden hier die Erörterungen fortgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen werden in die Kriminalabteilung, Zimmer Nr. 30 erbeten. Daselbst liegt auch das Bild des Betrügers zur Ansicht aus.

Nast-Prozeß.

Rom, 18. Febr. Im Nast-Prozeß hielt heute der Anklagevertreter sein Plaidoyer. Ungeheure, ungerechtfertigte Ausgaben seien für Reisen und für Ankäufe von Bauten und Möbeln gemacht, große Unterstützungen an Künstler gezahlt worden. Der Staatsanwalt schloß, der Staatsgerichtshof wolle beide Angeklagten der fortgesetzten Unterschlagung von Geldern für Reisekosten für schuldig befinden. In einigen anderen Hauptpunkten sei Nast allein schuldig.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 18. Febr. Die Deputiertenkammer lehnte einen Antrag Berry auf Vertagung der Einkommensteuerdebatte mit 433 gegen 106 Stimmen ab. Alsdann entwickelte Magniaudé (radikaler Sozialist) in längerer Rede seine Gegenvorlage. Jaurès interpellierte Pichon über die Vorsichtsmaßregeln, die von der marokkanischen Staatsbank ergriffen worden sind, um einen Vorschuß von 2½ Millionen Franken ausschließlich dem Zwecke des Unterhaltes der Polizei in den Häfen zuzuführen; ferner über die Mitteilungen Mulay Hafids an das diplomatische Korps und die Vorschläge, die von diesem durch die Verhandlungen des Journalisten Houel gemacht worden seien. Pichon erklärte sich bereit die Anfragen zu beantworten, wenn er sichere Nachricht erhalten habe.

An der russisch-türkischen Grenze.

Konstantinopel, 18. Febr. Petersburger Nachrichten über türkische Mobilisierungen an der russischen Grenze sind gänzlich unbegründet. Die Türkei hat in der letzten Zeit nur im Bereiche des 4. Korps in Erzindschan an der persischen Grenze in zwei Gruppen ungefähr 40 Bataillone, darunter ein Drittel mobile Redifbataillone, zusammengezogen.

Berlin, 18. Febr. Der König von Sachsen ist 8 Uhr 25 vom Anhalter Bahnhof nach Leipzig abgefahren.

Kiel, 18. Febr. Infolge der Entlassung eines Arbeiters haben heute ungefähr 300 Arbeiter der Schiffsbauwerft der Howaldtwerke die Arbeit niedergelegt.

Wien, 18. Febr. Der Neuerausschuß der österreichischen Delegation nahm die Anträge Latour-Schraff an.

London, 18. Febr. Wie das Bureau Reuter erfährt, ist in offiziellen englischen Kreisen überhaupt nichts darüber bekannt, daß, wie die russische Presse berichtet, der Abschluß eines Vertrages zwischen England und Rußland über den nahen Osten wahrscheinlich sei. Diese Meldung wurde ohne Zweifel durch die Lage hervorgerufen, die die Eisenbahnprojekte Aehrenthals geschaffen haben, hat aber, soweit England bekannt ist, keine offizielle Grundlage. Die Politik der beiden Regierungen werde im Einvernehmen mit den anderen Mächten fortfahren, auf die Durchführung der notwendigen Reformen in Mazedonien zu drängen. Inwieweit die politischen Ereignisse das europäische Konzert beeinflussen werden, sei gegenwärtig schwer zu sagen. Was die österreichisch-ungarische Eisenbahnpolitik anbetreffe, so ist man der Meinung, daß, obgleich diese an sich nur die legitime Entwickelung der österreichisch-ungarischen Politik und im Berliner Vertrag schon vorgesehen ist, der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet erscheine, jetzt mit einem derartigen Plan zu kommen, wo die Mächte damit beschäftigt sind, auf die Pforte hinsichtlich der Justizreform in Mazedonien einen Druck auszuüben. Gegen den österreichischen Eisenbahnvorschlag an sich ist nichts einzuwenden, jedoch darf es nicht als unabweisbar sicher gelten, daß das europäische Konzert in Mazedonien gestört wird.

London, 18. Febr. Der Vizekönig von Indien telegraphiert, daß weiter im ganzen nördlichen und zentralen Indien reicher Regen gefallen ist, ebenso leichter Regen in Madras, Bengalen und Assam. Die Aussichten für die Frühjahrsernte hätten sich gebessert, vorläufig aber vermehrten sich noch die Bitten um Unterstützung rasch. Die Gesamtziffer der Personen, die staatliche Unterstützung erhalten, beträgt für ganz Indien 902 836.

Paris, 18. Febr. Zum Gouverneur der indischen Besitzungen wurde Bonhours ernannt, zum Gouverneur von Senegal Geurbeil, zum Gouverneur von Neukaledonien Richard, zum Gouverneur von Guinea Lichard, zum Gouverneur von Gabun Telle.

Baku, 18. Febr. Der Streik in den Naphtawerken ist beendet, die Arbeit wurde unter den früheren Bedingungen wieder aufgenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080219011/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 201.30, Diskonto 174.00, Deutsche Bank 235.40, Berliner Handelsgesellschaft 158.00, Kanada 150.62, Baltimore 81.40, Paketfahrt 117.62, Nordd. Lloyd 105.50, Russische Anl. von 1902 81.50, Laurahütte 211.25, Bochumer Guss 197.25, Harpener 196.87, Gelsenkirchen 183.50, Phönix 173.75, Dresdner Bank 137.50, Schaffhausen 134.40, Lombarden 23.40, A. E.-G. 199.75, Russen Bank 134.40. — Tendenz: Befestigt.

Auf dem Kassamarkt notierten höher: Oppelner Zement 1.50, Dürener Metall 4.75, Howaldtswerke 1.25, Stettiner Vulcan 1.50, Anilinfabrik 2.50, Anlerbecker Bergwerk 1.50, Langendreer 2. — Dagegen notierten niedriger: 3½ proz. Reichsanleihe 0.10, 3 proz. Reichsanleihe 0.10, Neu-Westend 1.50, Westliche Boden-Ges. 20 M., Omnibus-Ges. 2, Eitorf Spinnerei 2.50, Schultheissbrauerei 1.50, Germania-Brauerei 1.50, Finkenberg Zement 2.00, Deutsche Tonröhren 2.50, Aluminium-Ind.-Ges. 1.50, Archimedes 2.50, Balcke, Tellering 1.50, Düsseldorfer Waggon 6.00, Arthur Koppel 1.25, Silesia 1.50, Westfäl. Kupfer 1.50, Riedel 2, Stassfurt. chem. Fabr. 2, Breslauer Spritfabr. 2.50, Cartonnagen-Ind. 3.25, Kaiserhof Hotel ca. 3.00, Jeserich 2.50, Odenwälder Hartstein 5.50, Kahla Porzellan 1.75, Schönwaldt Porzellan 2, Wessel Porzellan 1.75, Siemens Glas 2.75, Eberfelder Papierfabrik 2, Stöhr Kammgarn 2.50, Tuchfabrik Aachen 7.50, Harburg-Wien. Gummi 5.50, Bismarckhütte 1.25, Caroline 2, Duxer Kohlen 1.50, Königsborn 1.50, Märkisch-Westfälisches Bergwerk 3.25, Siegen-Solingen 1.25, Westfälische Draht-Industrie 1.50.

Reichsbank. Die Besserung des Status ist nach dem Ausweis vom 15. Febr. eine geringere als im Vorjahre, was seinen Grund darin hat, dass die Rückflüsse auf Wechsel- und Lombardkonto nicht unwesentlich gegen das Vorjahr zurückblieben. Dass die Besserung des Status gegen das Vorjahr nicht noch geringer war, ist lediglich dem Umstande zu verdanken, dass die Einzahlungen auf Giro-Conto sich wesentlich höher als im Vorjahre gestalteten: diese Gelder vermehrten sich nämlich um 81 Mill. gegen 50 Mill. zur gleichen Zeit 1907. Die Notenzirkulation verminderte sich in der abgelaufenen Woche um 51,8 gegen 57,8 Millionen, die steuerfreie Notenreserve stellt sich auf 144,6 Millionen gegen 151,6 Millionen im Vorjahr. Im einzelnen ist mitzuteilen, dass die Anlagen in Wechseln sich um 8 769 000 Mk. (— 29 170 000 Mk.), diejenigen in Lombards um 3 010 000 Mk. (— 11 602 000 Mk.) verminderten. Die Effekten (Schatzscheine) vermehrten sich um 11 237 000 Mk. (— 34 134 000 Mark).

Vogtländische Bank, Plauen. Der Aufsichtsrat beschloss der für 9. März einzuberufenden Generalversammlung nach sehr reichlichen Rückstellungen wiederum 10 Proz. Dividende (wie seit langen Jahren) vorzuschlagen.

Privatbank zu Gotha. Der Aufsichtsrat beantragt 7 (6½) Prozent Dividende.

Die 4 proz. Göttinger Stadtanleihe von 1 700 000 Mk. wird zu 98.10 Proz. aufgelöst.

Anleihe der kanadischen Regierung. Die kanadische Regierung legt nächstens 3 Millionen Pfund Sterling 3½ proz. Stock, die 1930 bis 1950 rückzahlbar sind, zu pari auf. Die am 1. April verfallende 4 proz. Anleihe von 1½ Millionen Pfund Sterling erhält eine Option für die Konversion in die neue 3½ proz. Anleihe.

Kaliwerk Krügershall, Aktiengesellschaft in Halle. Wie berichtet, hat das Kalisyndikat ein Rundschreiben erlassen, in dem es vor dem Bezug weiterer der Salze von Krügershall warnt. Infolgedessen versendet das Kaliwerk Krügershall, wie die Verwaltung uns mitteilt, jetzt gleichfalls ein Zirkular an die Abnehmer seiner Salze, das folgenden Wortlaut hat: Rundschreiben betreffend 12,4 Proz. Kalisalz, Teutschenthaler Kalisalz. Aus einer Notiz des „Berliner Börsen-Courier" vom 15. Februar ersehen wir, dass das Kalisyndikat gegen den Verkauf unserer Salze in Holland Stellung nimmt. Demgegenüber teilen wir folgendes mit: 1. Es wird der Chlorgehalt unserer Salze bemängelt, indem angegeben wird, dass dieser bedeutend höher sei, als derjenige der vom Syndikat gelieferten Salze. Es wird hierbei nicht hervorgehoben, dass es sich auch bei dieser „Chlorgrenze" lediglich um in „Alkohol löslliches" Chlor handelt. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass die von dem Syndikat an Stelle des Kainits in den Handel gebrachten Salze, „Sylvinite", „Hartsalze" oder Gemische dieser mit „Carnallit", einen höheren Gesamt-Chlorgehalt haben, als unsere 12,4 proz. Kalisalz. Während unser Salz nur etwa 35 Proz. „Gesamtchlor" enthält, enthalten vom Syndikat in Gruppe IV (Kainite) gelieferte Salze bis über 50 Proz. 2. Die von uns gelieferten Salze von 12,4 Proz. reinem Kali sind dieselben — also auch hinsichtlich des bemängelten Chlorgehaltes — wie sie das Syndikats-Werk „Kaliwerke Jessnitz A.-G." seit Jahren in grossen Mengen für landwirtschaftliche Zwecke liefert. Im letzten Jahre betrug der Absatz dieses einen Werkes allein über 4000 Doppelwaggon. 3. Die vom Syndikat eingeführte Analyse ist vollständig belanglos. Keine Sendung verlässt unsere Werksanlagen, bevor diese nicht von einem vereidigten Probenehmer bemustert, und die ausgeführte chemische Analyse nicht den garantierten Mindestgehalt von 12,4 Proz. reinem Kali ergeben hat.

Hallesche Strassenbahn. Dienstag mittag fand im Hotel zur Stadt Hamburg die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft, in der von 10 Aktionären 321 000 Mk. Grundkapital mit 642 Stimmen vertreten war, unter dem Vorsitz des Herrn Geheimen Kommerzienrat Dr. Heinrich Lehmann statt. Die Versammlung nahm den Geschäftsbericht und die Revisionsberichte entgegen und genehmigte die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung. Nach längerer Diskussion wurde die Verteilung einer Dividende von 5½ Proz. beschlossen, die am 1. Mai zahlbar ist. Dem Aufsichtsrat und dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Berliner Hotelgesellschaft (Kaiserhof). Einer Mitteilung der Verwaltung entnehmen wir folgendes: Die seit der ausserordentlichen Generalversammlung vorgenommene Prüfung der Verhältnisse der Gesellschaft hat bedauerlicherweise ein noch ungünstigeres Resultat ergeben, als sich nach den bisher in die Oeffentlichkeit gelangten Mitteilungen erwarten liess. Eine Sanierung der Gesellschaft lässt sich leider nicht durchführen, ohne dass die Aktionäre auch in erheblichem Masse dazu beitragen. Es ist in Aussicht genommen, den Aktionären die Umwandlung ihrer Aktien in Vorzugsaktien unter Zuzahlung von 40 Proz. des Nominalwertes vorzuschlagen, und die Vorzugsaktien werden derartig ausgestattet werden müssen, dass der allergrösste Teil der Aktionäre sich bei dieser Transaktion beteiligt, und deren Durchführung gesichert wird. Demnächst soll auf das Hotel Kaiserhof eine weitere Obligationsanleihe von 3 Mill. Mark aufgenommen werden, deren Sicherheit durch Eintragung hinter der bereits bestehenden Anleihe von 5 Millionen Mark gewährleistet wird. Die weiter notwendig werdenden Mittel, namentlich auch zur Fertigstellung des Hotel Atlantic in Hamburg, sollen durch einen Kredit beschaffen werden, welcher durch Eintragung auf das Hotel Atlantic hinter 1. Hypothek von 2 990 000 Mk. sichergestellt und der Gesellschaft auf eine längere Reihe von Jahren gewährt wird. Eine Zuzahlung der Aktionäre in der angegebenen Höhe ist unvermeidlich, nicht nur, weil einliessende Mittel absolut notwendig sind, sondern auch, weil der Einstandspreis des Hotels Atlantic durch die mit dem Erwerb verbundenen Transaktionen des Herrn E. C. Eberbach ein so hoher geworden ist, dass eine ganz erhebliche Abschreibung wünschenswert erscheint, um diesen Besitz der Berliner Hotelgesellschaft in angemessener Weise zu bewerten. Die Bankengruppe, welche sich für die Uebernahme der Obligationen stark gemacht hat, hat die Mitwirkung der Aktionäre zur Sanierung ihres Unternehmens in oben angegebener Weise zur Bedingungen gemacht. Den Aktionären werden die oben skizzierten Transaktionen zur Genehmigung in der Mitte März stattfindenden Generalversammlung unterbreitet werden. Dem Antrag des Direktors Fritz Eberbach, ihn aus den Diensten der Gesellschaft zu entlassen, wurde Folge gegeben und bis zur Anstellung eines neuen Vorstandsmitgliedes Herr Direktor Werner und der Prokurist Hermann mit der Zeichnung der Firma beauftragt. — Aus allen diesen Mitteilungen geht hervor, dass der frühere Aufsichtsrat sich durch ungenügende Prüfung der zu so grossen Verlusten geführten Transaktionen schwerer Pflichtverletzungen schuldig gemacht hat. Andernfalls hätte die Gesellschaft nicht in diese ungünstige Lage geraten können. Es wird festzustellen sein, ob hier fahrlässige oder dolose Pflichtversäumnis vorliegt und ob die Mitglieder des früheren Aufsichtsrats nicht für den entstandenen Schaden regresspflichtig zu machen sind. — An der gestrigen Börse setzte sich die rückgängige Bewegung in den Aktien fort; sie notierten gegen vorgestern ca. 3 Proz. niedriger.

Eisleber Dampfmühle, Aktiengesellschaft, Eisleben. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluss, der nach 21 038 (19 096) Mk. Abschreibungen die Verteilung von wieder 9 Proz. Dividende (wie im i. V.) gestattet. Bei 400 000 Mk. Aktienkapital arbeitet die Gesellschaft mit 78 000 Mk. Hypothekenund 163 000 Mk. Obligationsschuld. Kreditoren haben 100 892 (66 430) Mk. zu fordern, während bei Debitoren 195 407 (127 647) Mark ausstehen. In Bankguthaben sind 59 018 (106 622) Mk., in bar 12 328 (4000) Mk., in Effekten 1465 Mk. (wie i. V.) vorhanden, wozu noch 28 579 (24 779) Mk. ausstehende Darlehen treten.

Handels-Depeschen.

Berlin, 18. Febr. (Eig. Fernspr.) Der Abschluss der Nationalbank für Deutschland ergibt einen Bruttogewinn von 9 353 062 Mk. (Vorj. 11 642 197 Mk.). Davon entfallen auf Wechsel- und Zinsenkonto 6 933 872 Mk. (5 339 756 Mark). Povisionskonto 3 049 848 Mk. (2 939 223 Mk.), Sorten- und Kuponskonto 61 067 Mk. (127 288 Mk.). Effekten- und Konsortialkonto 1 045 392 Mk. Verlust! (1 546 828 Mk.), Vortrag aus dem Vorjahre 353 667 Mk. (345 386 Mk.). Nach Abzug der Verwaltungskosten in Höhe von 2 538 858 Mk. (2 184 831 Mk. 361 200 Mk. (242 000 Mk.) Steuern, 171 346 Mk. (53 726 Mk.) Abschreibungen auf Inventarkonto und 124 732 Mk. Verlust auf Konto-Korrent-Konto verbleibt ein verfügbarer Reingewinn von 6 158 923 Mk. (8 928 985 Mk.). Der für den 30. März einzuberufenden Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. (7½ Proz.) vorgeschlagen. 100 000 Mark werden dem Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds zugewiesen und 203 054 Mk. (353 667 Mk.) vorgetragen.

Budapest, 18. Febr. (Priv.-Tel.) Die heute veröffentlichte Bilanz der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank weist 7 744 640 Kr. Reingewinn aus. Die Direktion wird bei der demnächst einzuberufenden Generalversammlung die Auszahlung einer Dividende von 40 Kr. beantragen und 1 Mill. Mk. zur Dotierung des Reservefonds vorschlagen.

Wochen-Bericht über den Markt für Bergwerksanteile (Kuxe) von Samuel Zielenziger, Bankgeschäft, Berlin, Essen (Ruhr).

Auf dem Kohlenkuxenmarkt ist eine fast vollständige Geschäftsstockung eingetreten. Die Umsätze beschränken sich auf ein Mindestmass und nur ganz vereinzelt kommt es aus besonderen Gründen in einem Papier zu lebhafterem Handel. So fanden in Oespel etwas regere Umsätze statt. Nachdem der Geldbedarf dieser Gewerkschaft einstweilen auf 600 Mk. pro Kux fixiert worden ist, also erheblich niedriger, als ursprünglich angenommen worden ist, kam der Kurs des Papieres wieder zum Stehen und man bemerkte bei ca. 140 Mk. verschiedentlich Käufe, die allerdings grösstenteils auf Deckungen zurückzuführen sein dürften. Einige Abschlüsse kamen ferner in Trier und Hermann I bis III zustande, wobei sich der Kurs um ca. 100 Mk. abschwächte. Dagegen konnten Brassert nach ihrem letzten Kursrückgang wieder leicht anziehen und wurden mit 3400 Mk. begehrt. Von sonstigen mittleren und kleineren Werten waren Alte Haase, Caroline, Carolus Magnus und Tremonia verhältnismässig besser beachtet, ohne dass sich jedoch hierin eine besondere Preisbewegung vollzog. Kaiser Friedrich konnten ihren Kursstand um ca. 50 Mk. erhöhen. Schwere Werte zeigten eine sehr stabile Haltung, und es ist hervorzuheben, dass für König Ludwig, Ewald und Lothringen beständig zu guten Preisen Käufer am Markt sind. Besonderem Kaufinteresse begegneten Königin Elisabeth, die ihren Preis um ca. 500 Mk. heraufsetzen konnten. Dagegen schwächte sich Dorstfeld und Helene & Amalie um ein Geringes ab.

Auf dem Braunkohlenkuxenmarkt war für Humboldt zu leicht anziehenden Preisen weitere Kaufiust vorhanden. Auch für Hamburg trat etwas Meinung hervor, ohne jedoch dem Kurs zu einer erheblichen Aufbesserung zu verhelfen. Gut beachtet waren auch Bruckdorf-Nietleben, sie konnten indes ihren Höchstkurs nicht ganz behaupten. Donatus und Brühl gingen fast unverändert durch die Woche.

Der Markt für Kaliwerte zeigte in der Berichtsperiode mangels jeglicher Anregung sowie auch infolge der an der Berliner Fondsbörse herrschenden lustlosen Stimmung eine abwartende Haltung. Das Kursniveau weist demgemäss nur geringfügige Aenderungen auf, wobei auch die Umsatztätigkeit auf ein Minimum beschränkt blieb. Von Ausbeutewerten waren Burbach wiederum einigen Kursschwankungen ausgesetzt und weisen schliesslich gegen die Vorwoche eine Kursbesserung von ca. 300 Mk. auf. Ueber den Stand der Verhandlungen bezüglich der Felder-Transaktionen verlautet nichts Bestimmtes. Beachtet waren ferner Alexandershall und Wilhelmshall. Preishaltend verblieben auch Carlsfund und Beienrode, während Hohenfels und Wintershall eine Einbusse von ca. 100 Mk. resp. 200 Mk. erlitten. Mittlere und kleinere Werte standen zum Teil unter dem ungünstigen Einfluss der Zubussenverpflichtung und waren anfangs stärker rückgängig, konnten jedoch gegen Wochenschluss die Kursverluste fast vollkommen wieder einholen. Niedriger notieren lediglich Sachsen-Weimar minus 150 Mk., Siegfried I minus 150 Mk. Abgeschwächt waren ferner Günthershall (minus 50 Mk.), und Johannashall (minus 100 Mk.), hingegen waren Rothenberg ca. 150 Mk., Hugo ca. 100 Mk. und Schieferkaute ca. 50 Mk. höher gesucht. Auf dem Aktienmarkt sind nur geringfügige Kursänderungen zu verzeichnen. Ziemlich unverändert verblieben Deutsche Kali, Friedrichshall und Teutonia, dagegen notieren niedriger Hattorf (minus 2 Proz.), Heidburg ca. 1½ Proz., Ronnenberg ca. 2 Proz. und Siegmundshall ca. 3 Proz.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 18. Febr. Am Frühmarkt notierten Weizen inl. 208—210,00. Roggen inl. 196—197,50. Hafer, märkischer, mecklenburg., pom. mecklenbr., preuss., posenscher u. schlesischer fein 173—186, mittel 164—172 gering 158—168, russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 156,00—160,00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 152—162, gute 163—180, russische und Donau leichte 150 bis 158. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 182—188, kleine —,—. Weizenmehl 00 27,00—29,75. Roggenmehl 0 und 1 25,60—27,50. Weizenkleie 12,50—13,25. Roggenkleie 12,75—13,25. (Alles frei Bahn.)

Magdeburg, 17. Februar. Für 1000 kg netto ab Station Weizen ruhig, englischer gut 201—205, mittel —,—, Sommer gut 201—205, mittel —,—, Kolben Sommer gut 217—220, mittel —,—, Rauh gut —,—, mittel —,—, ausländischer gut 225—228, mittel —,—.

Roggen ruhig, inländischer gut 197—200, mittel —,—, ausländischer gut —,—, mittel —,—.

Gerste unver., hiesige Cheval, gut 180—187, mittel —,—, Land gut 170—178, mittel —,—, ausl. Futter gut 148—152, mittel —,—.

Hafer unver., inländischer gut 157—163, mittel 145—155, ausländischer gut —,—, mittel —,—, Wand gut —,—, mittel —,—.

Mais unver., runder gut 156—159, mittel —,— — bunter amerikanischer gut —,—, mittel —,—.

Erbsen, hiesige Viktoria gut 224, mittel —,—, grüne Folger gut —,—, mittel —,—.

Hamburg, 18. Febr. Weizen stetig, Mecklenburger und Ost Holsteiner 202—212. Roggen stetig, Mecklenburger und Altmärker 190—200, russ. frei. 9 Pud. 10/15 159,00. Gerste fest, südruss. frei. 130,00. Hafer stetig, Holsteiner und Mecklenburger 164—172. Mais ruhig, America mixed cif. 115.00. La Plata cif. 110.00.

Pest, 18. Febr. Weizen träge, per April 11,70 Gd., 11,71 Br., per Oktober 10,25 Gd., 10,26 Br. Roggen per April 10,25 Gd., 10,26 Br., per Oktober 8,87 Gd., 8,88 Br. Hafer per April 7,80 Gd., 7,81 Br., per Oktober —,— Gd., —,— Br. Mais per Mai 6,70 Gd., 6,71 Br. Raps per August 16,60 Gd., 16,70 Br.

Zucker.

Hamburg, 18. Febr. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88°/, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	19,65	19,80	19,80 Mk.
„ März	19,80	19,75	19,75 „
„ Mai	20,10	20,05	20,05 „
„ August	20,45	20,40	20,40 „
„ Oktober	19,40	19,40	19,45 „
„ Dezember . . .	19,35	19,35	19,40 „
	ruhig	matt	behauptet

Kaffee.

Hamburg, 18. Febr. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	32½ Gd.	32½ Gd.	32½ Gd.
„ Mai	33 Gd.	33½ Gd.	33 Gd.
„ September . . .	33½ Gd.	33½ Gd.	33½ Gd.
„ Dezember . . .	34 Gd.	34 Gd.	33½ Gd.
	ruhig	ruhig	schleppend

Bremen, 18. Febr. Kaffee ruhig.

Havre, 18. Febr. Kaffee good average Santos per März 42¾, per Mai 42¾, per Sept 42¾, per Dez. 42¾. Ruhig.

Spiritus.

Nordhausen, 18. Febr. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 66,50—67,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 74,75—75,25 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Hamburg, 18. Febr. Spiritus fest, per Febr. 32½ Gd., per Febr.-März 32½ Gd., per März-April 32½ Gd.

Petroleum.

Hamburg, 18. Febr. Petroleum fest Standard white loko 7.55

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 18. Febr Kartoffelmehl und -Stärke 24,75—25,25. Feuchte Stärke 14,50.

Magdeburg, 18. Februar. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,50—25,75.

Fettwaren und Oele.

Bremen, 18. Febr. Schmalz stetig. Loko, Tubs und Firkin 38½, Doppeleimer 39½.

Köln, 18. Febr. Rüböl loko 77,50, per Mai 78,50.

Hamburg, 18. Febr. Rüböl ruhig, verzollt 74,00.

Wolle.

Bremen, 18. Febr. Baumwolle ruhig. Upl. loko middl. 58¾ Pfg.

Metalle.

Glasgow, 18. Febr. (Mittag.) Roheisen willig, Middlesbrough, warrants 48/8.

London, 18. Febr. Chili-Kupfer k. stetig 57, 3 Monat 57¼. Zinn Straits k. stetig 127¼, 3 Monat 126¼. Blei span., ruhig 14½, englisch 14½. Zink, gewöhnliche Marke, ruhig, 21½, spez. Marke 22½.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	18. 2.	17. 2.	Chicago.	18. 2	17. 2.
Weizen p. März	—	—	Weizen p. März	—	—
„ „ Mai	99¾	100⅞	„ „ Mai	91⅝	92⅞
Mais p. März	—	—	Mais p. März	—	—
„ „ Mai	69⅛	69¼	„ „ Mai	60⅛	60¼
Mehl Spring clears	4,35	4,35	Hafer p. Mai	52⅝	52¾
Kaffee Fair Rio Nr. 7	6¾	6¾	„ „ Juli	45⅛	45⅜
„ p Febr.	5,80	5,90	Roggen p. Mai	80⅛	80
„ „ April	5,95	5,95	Schmalz „ Febr	7,10	7,02
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ Mai	7,37	7,25
do. in New York	8,75	8,75			
do. in Philadelphia	8,70	8,70			

Tendenz: Weizen stetig, Mais fest.

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 17. Febr. Hamburg-Amerika-Linie. **Macedonia,** nach dem La Plata, 15. Febr. 2 Uhr nachm. von Antwerpen abgeg. Eriphia 15. Febr. 11 Uhr vorm. von Antwerpen nach Mexiko abgeg. Parthia, nach Südbrasilien, 15. Febr. 9 Uhr vorm. Dover passiert. Pontos, nach dem La Plata, 16. Febr. Quessant Creach passiert. Spezia 15. Febr. von Tsingtau nach Nagasaki abgeg. Saxonia, heimkehrend, 15. Febr. von Schanghai abgeg. Caledonia 15. Febr. in Progreso angek. Patagonia 15. Febr. von St. Thomas über Havre nach Hamburg abgeg. Moltke, auf der Orientfahrt, 15. Febr. 6 Uhr abends von Algier abgeg. Sicilia, von Persien, 15. Febr. von Algier abgeg. Troja, nach Südbrasilien, 15. Febr. 11 Uhr vorm. von Paranagua abgeg. Hungaria, von Westindien, 16. Febr. 11 Uhr vorm. auf der Elbe angek. Schwarzburg, nach Westindien, 16. Febr. 2 Uhr morgens in Antwerpen angek. Badenia 15. Febr. 1 Uhr nachm. von Baltimore nach Hamburg abgeg. Dortmund, von Ostasien, 16. Febr. morgens in Suez angek. Kronprinzessin Cecilie 15. Febr. von Veracruz nach Havana abgeg. Sithonia, von Emden, 15. Febr. 8 Uhr 45 Min. abends auf der Elbe angek. Kaiserin Auguste Viktoria 15. Febr. 6 Uhr abends von New York über Plymouth und Cherbourg nach Hamburg abgeg. Hamburg 15. Febr. 1 Uhr nachm. von New York nach Gibraltar, Neapel und Genua abgeg. Silesia, nach Ostasien, 16. Febr. 7 Uhr 50 Min. abends von Cuxhaven abgeg. Barcelona, von Philadelphia, 16. Februar 5 Uhr nachm. auf der Elbe angek. Windhuk, nach Afrika, 16. Febr. 7 Uhr 40 Min. morgens von Cuxhaven abgeg. Constantia, nach New York und Newport News, 16. Febr. 6 Uhr 45 Min. morgens von Cuxhaven abgeg. Savoia, nach Persien, 16. Febr. 6 Uhr 30 Min. morgens von Cuxhaven abgeg. Armenia, nach Philadelphia, 16. Febr. 10 Uhr 35 Min. vorm. Scilly passiert. Fürst Bismarck, nach Havana und Mexiko, 16. Febr. 5 Uhr nachm. von Southampton abgeg. König Wilhelm II., vom La Plata, 15. Febr. 5 Uhr nachm. von Lisasbon abgeg. Sachsenwald, von Westindien, 16. Febr. 9 Uhr vorm. in Havre angek. Pisa, von Mittelbrasilien, 16. Febr. 11 Uhr 30 Min. vorm. Dover passiert. Bosnia 15. Febr. 8 Uhr morgens in New York angek. Rhenania, von Ostasien, 16. Februar 9 Uhr abends von Moji abgeg. Suevia, nach Ostasien, 16. Febr. nachm. in Port Said angek.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Altern. Brückenpeg.	17. Febr.	+0,57	18. Febr.	+0,56	1	—
Nebra, Op.	„	+2,12	„	+2,29	—	2
„ Up.	„	+1,65	„	+1,74	—	6
Weissenfels, Op.	„	+2,34	„	+2,54	—	—
„ Up.	„	+0,72	„	+0,62	—	—
Trotha	„	+2,28	„	+2,40	—	12
Alsleben, Op.	„	+2,50	„	+2,48	2	
„ Up.	„	+1,78	„	+1,86	—	8
Bernburg	„	+1,55	„	+1,66	—	11
Kalbe, Op.	„	+1,68	„	+1,74	—	6
„ Up.	„	+1,28	„	+1,42	—	14

Moldau			Iser. Egér. Elbe			
	Fehr.	Fall	Wuchs		Fehr	Fall	Wuchs
Budweis	17. —0,10	—	—	Dresden	18. +1,72	—	11
Prag	„ +0,26	—	12	Wittenberg	„ +2,04	—	6
Jungbunzl	„ +0,12	19	—	Rosslau	„ +1,48	—	6
Laun	„ +0,23	—	10	Barby	„ +1,59	—	6
Pardubitz	„ +0,04	—	2	Magdeburg	„ +1,60	—	5
Brandeis	„ +0,58	—	8	Tangermünde	„ +2,26	—	6
Melnik	„ —0,04	—	—	Wittenberge	„ +2,8	—	—
Leitmeritz	18. +0,21	—	1	Dömitz	17. +1,4	—	—
Aussig	„ +0,44	—	17	Hohnstorf	18. +1,94	4	—
Dresden	„ —1,00	—	4	Lauenburg	„ +1,57	4	—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080219011/fragment/page=0005

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q₁* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Febr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*q₂* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*q₃* do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 18. Febr. 1908

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuss 7%, Privatdiskont 4½%.

Nachdruck verb.

D'sch. Fds. u. Staats Pap.			
Dt. Rchs.Sch.	v	3½	93.50G
do. 1912	a	4	100.00bG
fäll. 1.7.08	a	3½	99.40G
fäll. 1.10.08	d	3½	99.25G
fäll. 1.4.09	d	3½	98.90B
Pr.Schatz12	d	4	100.00b
Dt.Rchs-Anl.	v	3½	92.60bG

Spandau 95	d	3½	91.25G
Stargard i.P.	d	3½	—.—
Stendal 01	a	4	—.—
do. 03	d	3½	90.25G
Stettin	a	3½	90.80G
do. 1904	d	3½	90.70G
Teltow.Kreis	d	4	99.30b
do. do.	d	3½	—.—

Rss.c.EBA.II	q₁	4	82.50b
Russ.EBA.02	a	4	81.30bG
do. 1905	a	4½	93.80bG
RussStaatsr.	q₃	4	—.—
do.Nicolai-B.	e	4	—.—
do.Prm.A.64	a	5	—.—
do. do. 66	c	5	—.—
do. Bodenor.	a	5	106.60bG
Zschpk.Finst.		3.8	72.30bG

Eisenbahn-Prior.-Obligat.			
Brschw.Ldsb.	a	3½	—.—
Brölth. 90er	d	4½	—.—
Halle-Hettst.	d	3½	—.—
Halb.Blnk.84	a	3½	—.—
do. 1895.03	a	3½	89.75b
Nordh.Wrn.E.	d	4	—.—
Böhm.NrdbG.	a	4	97.60G

Nordd. Grder. III IV u. V	a	4	96.50bG
do. VI.	a	4	96.75G
do. X. XI.	a	4	97.40G
do. XII. u. 12	d	4	97.80G
do. XIV.	d	3½	99.90G
do XV. u. 15	a	4	97.75G
do. VII.-IX.	a	3½	90.60G
do. Xiii. u. 12	d	3½	92.00G

Lahm. &Co. 3	d	*4½	100.80B
Laurahütte	a	*4	97.75G
do.	c	*3½	90.00b
Ldf.EyckSt.5	d	*4½	97.30B
Leopold-Gr.	d	*4½	99.75G
Ldw.LöweC.	d	4	98.00B
LwnbrHSch2	d	*4½	100.25G
MgdbBaub.3	a	*4	—.—
Mannesmr.5	a	4½	101.00G

Böhm. Brauhl.	I	5	143.25G
BelleWb abg.	O	4	115.80bG
Dtsch.Sterb.	O	8	130.75B
Friedrichsh.	O	4½	98.25G
Gebhardt.	O	1	68.50G
Gericke Wsb.	O	0	31.90b
Germania	O	5	97.00bG
Hilsebein	O	0	68.60bG
Kaiserbr.	I	5	95.90bG
Königstadt	O	5	104.50G

Chemische Fabrik			
Grünau	I	10	157.25G
v. Heyden	I	10	180.00G
Höenig.	I	10	149.50b
Milch	N	15	289.00G
Oranienb.	I	10	186.80B
Weiler.	I	10	152.60G
Albert.	I	22	384.60bG
Byk	7	0	59.80G
Chemn.Wrkz	7	6	101.50bG
Cölner BgwV	I	30	408.80G

Klaus.Sp.abg.	I	8	97.50B
KähImann St.	O	18	228.00G
Koll.&Jourd.	5	15	291.25b
Kölsch Walz.	7	10	185.00bG
Kg. Wilb. cv.	I	20	251.80b
do.do. Pr.-A.	I	25	333.50B
Kön. Marienh.	I	0	83.00G
do. do. V.-A.	I	3½	83.60G
Kgsb. Walzm.	I	6	96.00G
Kgsb. Zellst.	4	20	256.75G

SchönhAllee	I	frc.	635.00bG
SchönebMet.	7	4	41.75B
Schoening	5	8	163.60G
Schönw. Prz.	I	4	89.00G
Schött Rhdt.	I	10	121.10bG
Schfig. Huck	I	8	133.00G
Schub.&Slz.	4	30	289.00bG
Schuckert El.	8	5	104.40b
Fr.Schulz jr.	I	23	281.75G
Schulz-Knd.	I	7	135.75bG